











*O II 7 60*

# Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der  
Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben

XXXII. Jahrgang

Berlin, 6. Januar 1928

Nummer 1

*4125*

## Inhaltsverzeichnis

Rückblicke auf das Jahr 1927 .....	G. D.
Wirtschaftsjahr 1927 .....	Fr. Dll
Zur Frage der Unterstellung unter die Angestelltenversicherung .....	J. G.
Völkstümliche Naturwissenschaft .....	W. Bulow
Die Sachsen zum Kurzus in Budow .....	G. Wünsche
Polizeistrafen gegen Arbeitgeber zur Erzwingung von Betriebsratswahlen .....	R. W.
Die GGG. übernimmt die größte Fleischwarenfabrik Europas .....	
Unsere Lohnbewegung im Wirtschaftsbezirk Rheinland .....	H.
Wirtschaftsbeihilfe, Achtstundentag und Lohnausgleich in Baden .....	
Die Eisernen Feste I .....	G. R.
Die Maschinenstürmer .....	
Naturwissenschaft • Aus der Spruchpraxis • Landstraßenwärter • Aus unserer Bewegung • Aus Politik und Volkswirtschaft • Aus den deutschen Gewerkschaften • Rundschau	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 36, Schlesische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 11044



**Zigaretten**  
ein feiner Genuss  
Zeranth 5 Pf.  
Thadmor 4 Pf.  
Arbeitersportler 4 Pf.  
IM KONSUMVEREIN

**Monstraten**  
bewilligen wir Beamten, a.  
langjährige Anstellung. P.  
Schulze aller Art  
Praxis Nr. 203, gratis.  
Offert. A. Stein & Co.  
Nürnberg, Rennweg 1  
**la Cyder**  
portweinhalt. Frucht-  
wein, feurig süß, 10  
Ltr. RM. 8.— franko  
leder Bahnstation.  
**R. Guericke**  
diegen-Zerkau  
Gegründet 1865

Wir haben überall bei  
uns erstklass. Mandat.  
Laut. Gitarren, Violinen  
Sprechapparate, Platt.  
Radios, etc. etc.  
Harmattan, Uran, Photo, Apparat  
**5 Tage zur Probe**  
mit bedingungslos. Rücksendungsberecht.  
bei Nichtgefallen gegen be-  
queme Wochenrat von nur 1.000.  
Illustrierter Katalog A gratis & frei.  
Walter H. Gutz, Post. 44 A Berlin S 42  
Alexandriensstr. 97  
Zweigleiderl. KÖLN  
Friesenplatz 10. 8-7.

**SIGURD FAHRRADER**  
nach gegen  
TEILZAHLUNG  
GARANTIE-RAD 68-  
SPEZIAL-RAD 44-  
Katalog gratis von der  
SIGURD-GESELLSCHAFT, KASSE 107

**Eisu-Beilen, Kinder-**  
Stahlmatten, günstig an Private. Katalog  
147 frei. Eisenmöbellaprik Suhl (rnr.)

**Käse** postfrei  
ins Haus!  
Kugelskäse, Edamer, aus  
Form, 2 Köpfe, ca. 9 Pf. 5.40  
Tafelskäse, Brot-, nor-  
form, 2 Stück, ca. 9 Pf. 5.40  
Zurücknahme wenn nicht gefällt!  
**Gustav Westphal**  
Altona 724 Hamburg

Anerkannt beste Deugnissette für  
**billige böhmische Bettfedern!**  
1 Pfund große, gute ge-  
schlossene Bettfedern 80 Pf.  
bessere Qualität 1.— Pf.  
halboffene, flaumige 1.20 Pf.  
und 1.40 Pf. weisse, flaum-  
ige geschlossene 1.70 Pf.  
2.— Pf. 2.90 Pf. 3.— Pf. weisse, geschlossene  
Halbflaum-Oberbottfedern 4.— Pf. 5.— Pf.  
6.— Pf. Graue Halbflaum 2.75 Pf. Rupp-  
federn, ungeschlossene mit Flaum gemengt, Halb-  
weisse 1.75 Pf., weisse 2.40 Pf. 3.— Pf. alter-  
seinsten Flaumrapp 1.50 Pf. 4.50 Pf. Versand  
leder bestiegene Menge golfrei gegen Nachnahme  
von 10 Pf. an, franco. Umsonst geteilt oder  
Beid zurück. Muster und Preisliste kostenlos.  
S. Benisch, Bettfedernfabrik in Draa XI. Böhmen.

**Lassen Sie sich nicht verblüffen**  
durch marktschreierische  
Reklame, sondern ver-  
langen Sie, wenn Sie eine  
**Nähmaschine**  
oder  
**Sprechmaschine**  
benötigen, unsern Katalog  
gratis und franko  
**Fahrradhaus Frischaut, Offenbach a. M.**  
Eigentum des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität

**Raucht GARBÁTY**  
**Baccarat**  
**5**

Hust-, Verschleim-,  
nach so narbig, alte  
**Katarrhe**  
**Asthma** (F)  
Jeder dankt mir!  
Auskult. u. Rücksp.  
Karl Schülze,  
Wernherode a. Harz 28.

Heimarbeitsvergn.  
P. Heister, Brestau 11b.

**Blumenspenden**  
jed. Art lief. frei Haus  
preiswert an Partei- u.  
Gewerksch.-Genoss.  
**Paul Golletz**  
Berlin, Mariannenstr. 2  
Amt Moritzplatz 103-3

# SELBSTVERGIFTUNG

d. d. Gift im Blut ist die naturwunderliche Folge einer mangel-  
haften Ausscheidung verbrauchter Stoffe aus dem Körper. Die schäd-  
lichen Giftstoffe, die sich fortwährend im Blut anhäufen, besonders  
die giftige Harnsäure, sind die Ursachen vieler Krankheiten und un-  
günstiger Zustände innerer Organe, ferner Stauungsstörungen,  
d. d. aller durch Blutstauung hervorgerufener Leiden, die eine Folge  
schlechter Blutreinigung sind, wie

**Gicht, Rheumatismus, Arterienverkalkung,**

Erkrankung des Herzens, der Nieren, Blase und Blutgefäße, Herz-  
und Nervenleiden, Migräne, Schlaflosigkeit, sowie Hautkrankheiten,  
Neigung zu Geschwürbildung, Hämorrhoiden, Flechten, Fettleibigkeit,  
Darmträgheit, Stuhlverstopfung, Gallen- und Leberleiden.

Ein völlig natürliches Mittel zur Entgiftung des Blutes und das-  
selbe von den vorhandenen Harnsäuremengen zu befreien oder diese  
auszuscheiden, ist unser bekannter Philippsburger Herbaria-Blutent-  
giftungs- und Entsäuerungs- „Radikal“, durch dessen Gebrauch man  
alle Leiden bekämpfen und die Heranbildung krankhafter Zustände  
beiseiten verhüten kann. Er regt die Verdauungs- und Ausscheidungs-  
organe zu reger Tätigkeit an, wodurch die der Gesundheit sehr  
schädlichen Stoffwechselstörungen (verbrauchte Säfte usw.) aus Blut,  
Darm und Gefäßen auf angenehme, natürliche Art entfernt werden  
und eine vollständige Erfrischung des ganzen Körpers eintritt.

**Gicht, Rheumatismus, Nieren- und Nervenleiden** werden  
durch eine Frühjahrskur mit diesem Tee sehr günstig beeinflusst, in-  
dem er den Harnsäureüberschuss in Lösung zu erhalten geeignet ist  
und die überschüssige Harnsäure durch Niere und Blase ausgescheidet,  
damit sie sich nicht in den Gelenken ablagert, wodurch die gefährlichen  
Schmerzen entstehen. Unser Philippsburger Herbaria-Radikal-Blut-  
entgiftungs- und Entsäuerungs-tee wirkt entgiftend auf Blut und  
Säfte und führt durch den Urin oft ganze Stöcken saurer Stoffe  
aus dem Körper. Nach einer solchen Kur fühlt man sich fast wie  
neugeboren. Vielen in der Entgiftung begriffenen Krankheiten wird  
vorgebeugt, weil denselben die Grundlage zur Entwicklung durch eine  
frühe Entgiftungskur genommen wird.

Als Beweis für die gute Wirkung dieses Tees führen wir nach-  
stehend einige Anerkennungsbriefe an. Bitte lesen Sie:

Nachdem ich die letzte Sendung ziemlich verbraucht habe und sich  
mein Gesundheitszustand zusehends gebessert hat, bitte ich um weitere  
Zusendung von 2 Paketen Blut- und Nervenreinigungs-tee, 2 Paketen  
Johannistee und 3 Paketen Blutentgiftungs-tee Nr. 19, wie gehabt.  
Ich lege großen Wert darauf, daß der Tee Nr. 19 nicht vergessen  
oder verwechselt wird, da ich vor allem diesem Tee die vollständigste  
Besserung zuschreibe. gez. A. Glid, Friedrichsrode.

Bitte senden Sie mir wiederum 2 Pakete Radikal-Blutentgiftungs-  
und Entsäuerungs-tee gegen Flechten und Gesichtsunreinigkeiten.  
Das erste Paket hat gut gewirkt. Das Juden hat nachgelassen, es  
ist eine alte nasse Flechte. gez. Johann Sischewski, Herten.

Bitte senden Sie mir nochmals 3 Pakete von Ihrem Radikal-Blut-  
entgiftungs-tee, über welchen ich mein Lob aussprechen muß. Habe  
mein drei Jahre altes böses Beinleiden durch diesen Tee geheilt, will  
ihn aber noch weiter trinken. gez. S. Böhm, Gleiwitz, 13. 3. 23.

Senden Sie mir noch 2 Pakete Blutentgiftungs-tee, denn dieser  
hat mich wirklich von meinen Hautunreinigkeiten befreit.  
gez. Charlotte Hoppel, Eberswalde, 18. 7. 22.

Der Kauf von Kräutertees und insbesondere Blutreinigungstee  
ist Vertrauenssache. Eine Menge unschmannlich zusammengewürfelte  
Tees werden angeboten. Verlangen Sie nur die altbekannten echten  
Philippsburger Herbaria-Präparate und lehnen Sie jeden Ersatz, der  
Ihnen als ebenso gut oder besser aufgeführt wird, energisch ab.

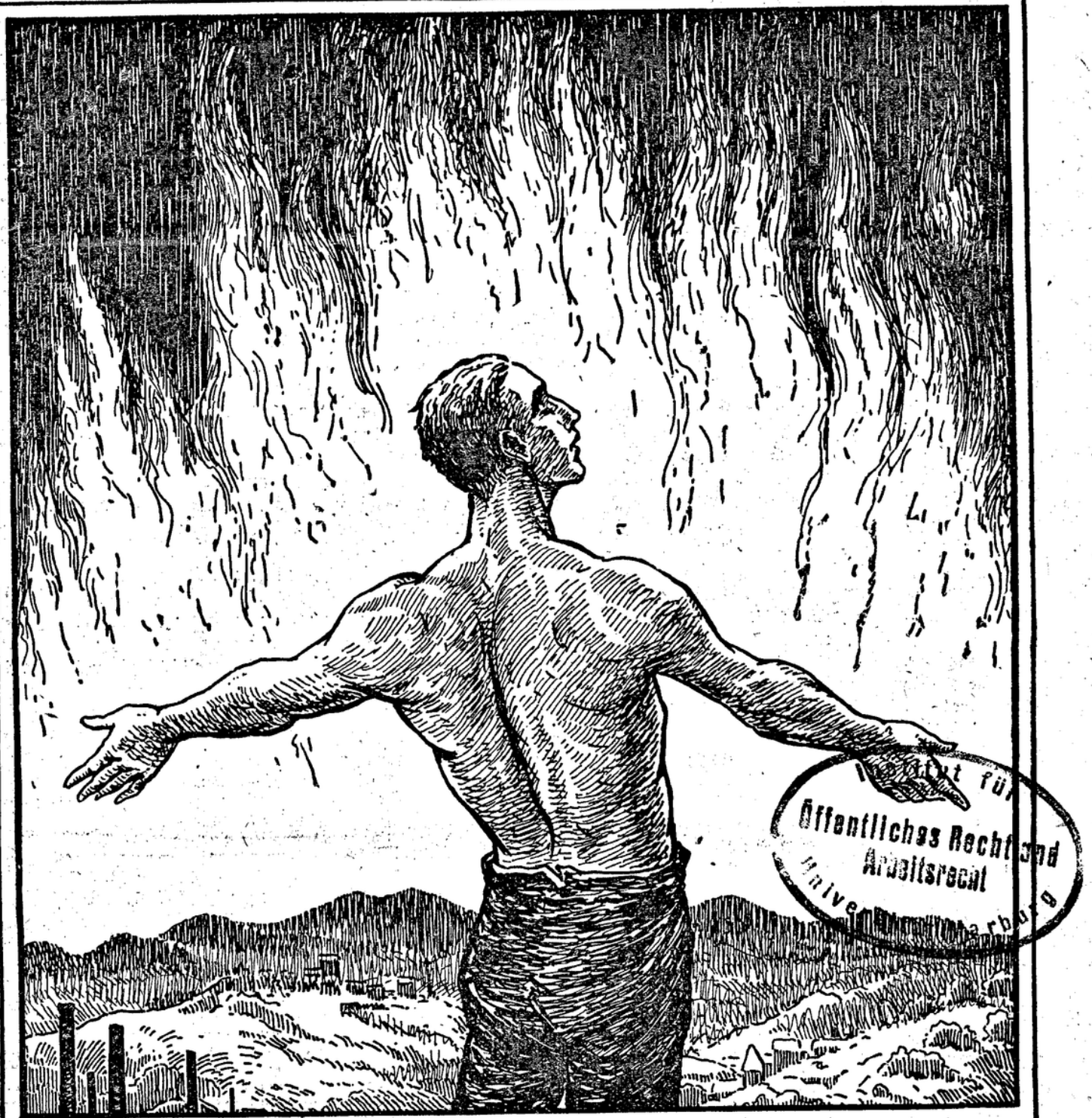
Der echte Philippsburger Herbaria-Radikal-Blutentgiftungs- und  
Entsäuerungs-tee kommt nur in geschlossenen großen Originalpaketen  
à 12. 3.— per Paket in den Handel und kann bei uns direkt bestellt  
wie auch durch unsere Niederlage-Apotheken bezogen werden. Für  
eine Kur rechnet man 3-6 Pakete pro Person.

Alleiniger Hersteller: Herbaria-Radikal-Paradies, Philippsburg  
B 205 (Baden). Kräuterbuch mit Preisliste und Niederlageverzeichnis  
gratis.



# Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter



## Zur Jahresmende

Ein Funke erglomm einst in finst'lerer Nacht,  
Der Funke der Freiheit, zur Flamme entfacht  
Durch das brausende Rauschen der Zeiten.

Mög' lodern die Flamme im kommenden Jahr,  
Zu leuchten der Menschheit so hell und so klar—  
Und der Knechtschaft ein Ende bereiten!

Klimesch

# Rückblicke auf das Jahr 1927

## I. Allgemeines und Politisches.



Seit mehr denn zwei Jahrzehnten haben wir an dieser Stelle regelmäßig zu Beginn des Jahres versucht, einen Überblick zu gewinnen über die politische, wirtschaftliche und soziale Gesamtentwicklung des verflossenen Jahres sowie über die daraus sich ergebende Anwendung für die Gewerkschaften, insbesondere für unsere Organisation. Bei der im Automobiltempo an uns vorüberausenden Zeit wird es dem einzelnen immer schwieriger, sich der gleich- und ähnlichartigen Vorgänge, selbst bei kürzeren Zwischenräumen, auch nur zu erinnern, so daß allgemeines Urteil wie Werturteil gar zu leicht hin- und hergezerrt werden und die Gefahr besteht, daß man aus wichtigen Vorgängen der Vergangenheit weder für Gegenwart noch Zukunft die notwendige Lehre zieht. Wohl ist richtig, daß jeder Vorgang in seiner Art vereinzelt bleibt und nur bedingt Wert für die Anwendbarkeit in der Gegenwart besitzt. Um aber überhaupt Stellung nehmen zu können zu den einzelnen Dingen und sich nicht nur aus Zeitung und Zeitschrift für den Tag oder für die Woche informieren zu lassen, ist erforderlich, daß man in der Beurteilung der Vorgänge sich ein möglichst klares Bild schafft. Dieses klare Bild ist im Moment des Geschehens selten so ausgeprägt, wie etwa schon nach einigen Wochen oder Monaten. Von diesem Gesichtspunkte aus möchten wir aber unsere Leserschaft bitten, uns zu folgen in den kurzen Betrachtungen, die sich auf das verflossene Jahr beziehen.

Beginnen wir mit dem Politischen. Das Jahr 1927 setzte übel ein. Bereits Ende Januar kam nach vielwöchentlichem Feilschen die Bürgerblockregierung zustande, unter der insbesondere die Arbeiterklasse heute noch schwer leidet. Der „unmögliche Keudell“, ein Verlegenheitskandidat der Deutschnationalen, wurde Innenminister. Wir haben neben dem Vertrauensvotum durch den Reichskanzler Marx und der zustimmenden Zentrumserklärung im Reichstag eine Anzahl so merkwürdiger Entgleisungen dieses Herrn erlebt, daß die preußische Regierung einmütig (also alle drei Koalitionsparteien) bis in die jüngsten Tage hinein in stärkstem Maße ihren Protest gegen diesen eigenartigen Herrn zum Ausdruck gebracht hat.

Der Bürgerblock hat inzwischen bewiesen, daß er etwas kann! Nämlich die Erhöhung der Zölle auf Weizen, Kartoffeln (letztere gleich um 100 Proz.), Fleisch usw. Das war die vornehmste Aufgabe der Deutschnationalen, sich wieder an die Futterkrippe zu setzen, um nach alter Junkermanier der Großlandwirtschaft zu geben, was ihr „gehört“. Daß dies auf Kosten der breiten Massen des Volkes (Arbeiter, Angestellte und Beamte) vor sich ging, spielt für die Herren keine Rolle, wenigstens nicht im Jahre 1927. Da wir nun aber 1928 schreiben und im Wahljahr für Landtag und Reichstag stehen, dürfte den Herren doch schon ein klein wenig das Bangen gekommen sein, wie sich aus ihren Zeitungen ersehen läßt.

Aber die Schwerindustrie wollte natürlich nicht zurückstehen, und wie immer sich diese beiden Wirtschaftsgruppen (Landwirtschaft und Industrie) trotz vielfacher Gegensätze gut verständigt haben, so auch in diesem Fall. Das begann eigentlich schon bei den sozialpolitischen Anträgen im Reichstag, die fast alle bei der dritten Etatberatung abgelehnt wurden, während die Steuer der Großindustrie und der Be-

Daß daneben auch noch eine große Aktion der deutschen Industrie gegen die Steuerfreiheit der kommunalen Werke einsetzte, und nach der Novemberdenkschrift von 1926 das ganze Jahr einen unausgesetzten Vorstoß gegen die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden aufweist, ist auch so eine Begleitererscheinung, die unseren gesamten Kollegen zu denken geben sollte. Diese Dinge haben sich sogar zu einem deutschnationalen Gesekzentwurf gegen die privatwirtschaftliche Betätigung der Gemeinden verdichtet, der allerdings noch der Erledigung harret. Wir glauben nicht zu viel zu sagen, wenn wir behaupten, daß im neuen Jahre die Deutschnationalen noch einige andere Sorgen haben werden als diese. Dafür hat aber Dr. Schacht seit vielen Monaten ein übriges getan und in Konsequenz der Denkschrift der Industriellen nicht nur gegen den „Euzus“ der Städte und Gemeinden gewettert, sondern auch gegen die Kreditfähigkeit, überhaupt gegen die öffentlichen Werke ganz allgemein. Zwar ist nachträglich einiges davon abgemildert worden, aber es bleibt doch bestehen, daß der Reichsbankpräsident ein übelwollender Beurteiler der öffentlichen Wirtschaft ist. Insofern kann man ohne Uebertreibung sagen, daß er sich ins Schlepptau der Schwerindustrie nehmen ließ, deren Denkschrift ihm die Unterlage für seine ungerechtfertigten Angriffe gegeben hat.

Daß die Innenpolitik in Deutschland auch sonst einen vollständig rückwärtsgerichteten Kurs einschlug, beweist der Reichsschulgesezentwurf, der zwar die zweite Lesung erst passiert hat, wenn es aber nach dem Willen des jetzigen Reichstages geht, dann wird auch dieses, man möchte sagen, um mindestens fünf Jahrzehnte rückständige Monstrum, Gesetz. Es bedarf außerordentlicher Wachsamkeit der Oppositionsparteien im Reichstag, um das zu verhindern. Die einzige, etwas schwache Hoffnung ist, daß angesichts der Reichstagswahlen doch eine endgültige Entscheidung von diesem Reichstag aufgehalten wird.

Geht man nun den sozialpolitischen Dingen im einzelnen nach, so ist es zunächst das Arbeitszeitnotgesetz, das am 1. Mai in Kraft trat, und einen 25prozentigen-Überschundenzuschlag nach acht Stunden ab 1. Juli brachte, aber den Zehnstundentag zuläßt. Immerhin wurde durch § 7 die bisherige Arbeitszeitverlängerung im alten Gesetz insofern erheblich aufgelockert, als es wenigstens den Arbeitern in der Schwerindustrie, in Gas-, Eisfabriken usw. und in der chemischen Industrie möglich wurde, den Achtstundentag nun wieder gesetzlich zu erreichen. Aber da steht das deutsche Unternehmertum, sabotiert dieses Gesetz ein halbes Jahr lang, und alle Konzeptionen auf moralische Vorbereitungsmaßnahmen zur Umstellung der Wirtschaft wurden unbeachtet gelassen. Jetzt bildet sich die unerhörte Situation, daß kurz vor Weihnachten die Schwerindustrie erklärt, mehr denn zweihundert ihrer größten Werke still zu legen, wenn das Gesetz in Kraft trete. Der Reichsarbeitsminister Brauns hat dem Unternehmertum zwar Konzeptionen gemacht, aber im übrigen auf der Durchführung des Dreischichtensystems ab 1. Januar 1928 bestanden. Durch Tarifverhandlungen und Schiedsgerichtsentscheidungen ist in diesen Dingen ein vorläufiger Abschluß geschaffen. Man kann wohl sagen, daß leider nicht das erreicht wurde, was die Arbeiter als ein Minimum an Sozialpolitik vom Reiche fordern könnten. Wenn jemals eine moralische Belastung für den Bürgerblock aufzuweisen ist, so in diesem Fall.

Die Gemeinden haben im letzten Jahre eine ziemlich große Rolle in der allgemeinen und öffentlichen Politik ge-



spielt. Ihre finanzielle Notlage ist vielfach übertrieben dargestellt worden unter dem Gesichtspunkte, mehr vom Reiche zu erhalten. Das Reich wiederum denkt nicht daran, einen anderen „Schlüssel“ in bezug auf die Steuerverteilung für Länder und Gemeinden herbeizuführen. Da die Länder, insbesondere — Bayern — in einer noch größeren Notlage sich befinden als die Gemeinden, so ist der Gedanke etwas greifbarer geworden zum deutschen Einheitsstaat. Preußen geht in dieser Beziehung jetzt wirklich voran. Leider folgt Bayern nicht hinterher, selbst aus dem Freistaat Sachsen sind die Stimmen noch allzu zaghaft, die für einen Zusammenschluß eintreten. Wir könnten uns sehr wohl denken, daß neben der bald selbstverständlichen Angliederung der kleineren Staaten, wie Hessen, Thüringen, Mecklenburg usw. die Hansestädte sowie der Freistaat Sachsen mit seiner politisch fortgeschrittensten Bevölkerung aus freien Stücken sich mit Preußen verständigen könnten, um eine Rationalisierung der Verwaltungsarbeiten herbeizuführen und die Verwaltungsreform zu einem wesentlichen Teil auf dem Wege zum Einheitsstaat durchzusetzen. Wir könnten uns auch vorstellen, daß selbst in Baden und Württemberg sich solche Strömungen stärker bemerkbar machen müßten. Endlich können wir uns kaum denken, daß es Bayern dauernd dann noch gelingen sollte, in seiner Isolierung zu verharren, die ihm doch in der Hauptsache nur große finanzielle Verlegenheiten bringt. Es mag sein, daß in weiten Volksschichten Deutschlands (besonders in Süddeutschland) noch die alte Vorstellung von der „preußischen reaktionären Einstellung der Bürokratie“ eine Rolle spielt. Diese Einstellung ist aber durch die Tatsache überholt, daß Preußen gegenwärtig ohne Zweifel der vorwärtstrebende Staat ist, der in seinen Verwaltungsmaximen wie in der Umstellung und seiner Rationalisierung der Verwaltung als durchaus fortschrittlich bezeichnet werden muß, wenngleich sich an jedem gegenwärtigen Einzelstaate noch viel Kritik ausüben läßt.

Zu den zahlreichen unerfreulichen Vorgängen gehört auch die erhebliche *Sollerhöhung* auf Speisemais, die in den letzten Monaten von diesem reaktionären Reichstage beschlossen wurde (Kindernahrungsverteuerung!). Es muß auch noch in Erinnerung gebracht werden, daß mit der wiederholten 10prozentigen Mieterhöhung denen gegeben worden ist, die ihre Hypotheken spottbillig ablösen konnten und nun wieder erhöhte Aufwendungen erhalten.

Zu erwähnen ist, daß am 1. Juli 1927 das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft getreten ist, das ohne Zweifel gegenüber den bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichten einen erheblichen Fortschritt bedeutet. Unsere Kollegen, die zum größten Teil von dem Arbeitsgerichtsgesetz erfaßt werden, sind laufend über die einzelnen Paragraphen und deren Auslegung an dieser Stelle unterrichtet worden. Wir dürfen der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch fernerhin ein erheblicher Teil der Kollegenschaft in der Arbeitsgerichtspraxis tätig bleibt und sich planmäßig schult, um der gesamten Kollegenschaft zu Diensten zu sein.

Am 1. Oktober 1927 trat auch das Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft, das aus der Arbeitslosenfürsorge hervorgewachsen ist. Es trägt leider viele Merkmale der jetzigen reaktionären Bürgerblockregierung. Immerhin bedeutet es eine Rechtsbasse gegenüber dem bisherigen unbestimmten Zustand. Hier müssen spätere Kommentare und Novellen Verbesserungen schaffen.

Die Außenpolitik Deutschlands ist im verflochtenen Jahre nicht sehr erheblich in den Vordergrund getreten. Zwar brodelt es noch an vielen Stellen im europäischen Dölkerkessel. Man weiß nicht genau, ob nicht irgendwo die

Suppe doch einmal überkocht. Der Balkan sah zeitweilig sehr gefährlich aus. Neben dem Streit zwischen Italien und Jugoslawien hat der polnisch-litauische Konflikt eine so große Rolle gespielt, daß er hart an der Grenze kriegerischer Betätigung stand. Die Spannung zwischen England und Rußland ist noch immer recht groß und die Nachrichten über Anfertigung neuer Gasgiftmittel verschiedener Länder berubelt wirklich nicht die friedensliebende Bevölkerung. In Mexiko ist ein reaktionärer Putsch niedergeschlagen worden und im fernen Ostasien sind die Dinge gegenwärtig schier unübersichtlich. Seit Jahren tobt in China der Bürgerkrieg. Nachdem in Kanton eine kurze Zeit lang eine kommunistische Säule stand, scheint nun wieder die Reaktion mit Strang, Erschießen und Hinrichten zu arbeiten. Alles in allem ist eine klare Entwicklungslinie nur schwer erkennbar in Ostasien. Immerhin darf soviel gesagt werden: die Bevormundung durch das europäische Kapital ist im Rückgang begriffen.

Schwieriger noch stellt sich die Beurteilung über die Kolonien, die in Englands Betreuung sind. So hat insbesondere Indien seit Jahrzehnten eine Leidenszeit durchgemacht, die für europäische Begriffe kaum vorstellbar ist. Nach Studienreisen europäischer und amerikanischer Gewerkschafter, über die Genosse Furtwängler (vom ADGB.) in der Arbeiterpresse in interessanter und gut informierender Weise ausführlich berichtete, sind die Hemmungen sozialer und anderer Art noch so ungeheuerlich, daß es schwer fällt, mit europäischem Maßstab an die Beurteilung der ganzen sozialen Fragenkomplexe heranzugehen. Soviel läßt sich wohl sagen, daß die kastenmäßige Schichtung traditionell durch die Jahrhunderte verankert ist und es den Europäern (Engländern) verhältnismäßig leicht macht, Herr der Lage zu bleiben, und die furchtbaren sozialen Zustände in Indien weiter walten zu lassen.

Daß in Amerika trotz seines ungeheuren Reichtums und der fast dreifach besseren Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiterschaft gegenüber der deutschen doch sehr vieles im argen ist, geht nicht nur aus der anschaulich geschilderten neueren Romanliteratur von Sinclair Lewis und Upton Sinclair hervor, sondern charakteristische Vorgänge, wie die Hinrichtung Saccos und Danzettis sowie einige andere Dinge geben Schlaglichter ganz eigenartiger Prägung und beweisen uns, daß auch in Amerika der Reiche regiert und der Arme zu gehorchen hat.

Wenn wir nun das bolschewistische Rußland einbeziehen in unsere Betrachtungen, so ist uns ja in den letzten Monaten nicht nur sehr viel Material durch die russischen Zeitungen und Zeitschriften sowie durch das zehnjährige Jubiläum der Sowjet-Republik bekanntgeworden. Auch bei den neueren Delegationen haben sich kritische Stimmen eingestellt. Insbesondere hat die sogenannte Opposition (Trotski-Kamenew) dafür gesorgt, einen etwas tieferen Einblick zu gewinnen. Trotzdem muß unser Gesamturteil etwas zurückhaltend sein. Rußland ist ein ungeheures Reich, hat aber auch ungeheure Aufgaben zu erfüllen. Trotz der Entwicklungsmöglichkeiten sind enorme Schwierigkeiten vorhanden. Alle europäischen Maßstäbe versagen. Wenn man durchaus anerkennt, daß das jetzige Rußland gegenüber dem zaristischen einen ungeheuren Fortschritt darstellt, nicht nur im eigenen Lande, sondern in bezug auf die Gesamtauswirkung in Europa, so sind doch Parallelen und Vergleiche mit deutschen Verhältnissen sehr schwierig. Sie fallen bei einfacher Parallelsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse keinesfalls zugunsten Rußlands aus.

Die Wahlen in einzelnen Ländern und Stadiparlamenten aus den letzten Wochen lassen klar erkennen, daß die

Sozialdemokratie wieder die umfassendste Arbeiterpartei ist. Der Kieler Parteitag hat nicht nur ein Agrarprogramm beschlossen, sondern auch in der uns besonders interessierenden Frage des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Beamtenbundes Stellung genommen. Diese Stellungnahme hätte wohl noch etwas deutlicher sein können, doch spielte hier die Haltung mancher DBB.-Sozialisten eine Rolle.

Die Versuche der KPD., die Taktik der deutschen freien Gewerkschaften bei Streiks und Lohnbewegungen von außen zu beeinflussen, sind nicht gelungen und auch nicht tragbar. Jede Gewerkschaft muß durch ihre eigenen Organe ihre notwendigen Entscheidungen fällen und die politischen Parteien können jeweils höchstens Helfer und Berater sein.

Wir erinnern uns hierbei, daß im Mai 1897 das „Corre-

spondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, bei kritischer Betrachtung des lokalistischen Gewerkschaftskongresses in Halle, folgende Bemerkungen von Karl Marx aus dem November 1869 zitierte, denen wir noch heute zustimmen:

„Niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Vereine in Zusammenhang gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen; geschieht dieses, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben.“

Gemessen an dem Tiefstand politischen Erkenntnis im deutschen Volk könnte man über das Jahr 1927 schreiben: „Da habt ihr nun die Befreiung!“ Wir möchten aber doch im Hinblick auf die bevorstehenden Neuwahlen besser sagen: „Nicht locker lassen. Zu neuen besseren Taten ruft ein neuer Tag!“

E. D.

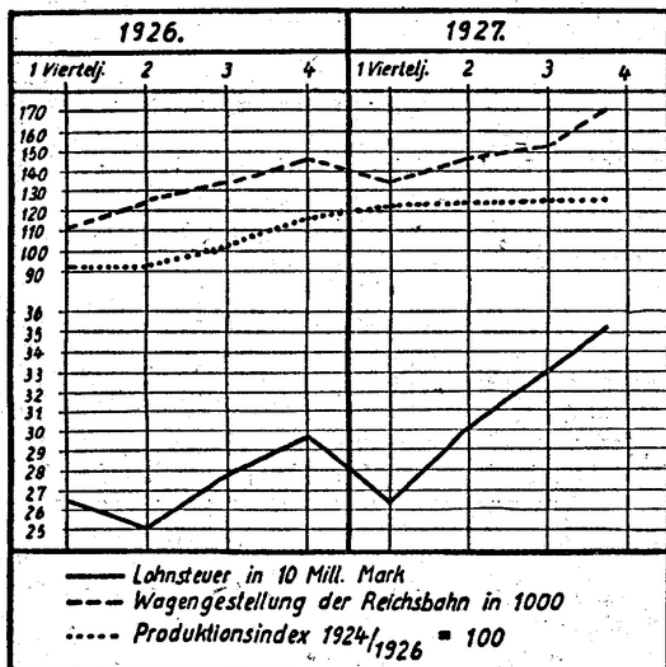
## Wirtschaftsjahr 1927

Vor zwei Jahren nahmen wir die Krise 1925 mit ins neue Jahr. Den Umschwung brachte der Bergarbeiterkampf in England. Die englischen Kohlenexporteure fielen für die Belieferung des Weltmarktes mit Kohlen fast völlig aus und an ihre Stelle traten in der Hauptsache die deutschen Kohlenproduzenten bzw. deutschen Kohlenhändler. Die Produktion in den deutschen Kohlenrevieren erreichte bis in das Ende des Jahres 1926 hinein Rekordziffern. Wo noch vor Jahresfrist Bergleute zu Tausenden entlassen wurden, erfolgten Neueinstellungen in einem Ausmaß, das bald Mangel an guten und leistungsfähigen Bauern eintrat.

Das war die Zeit der Englandspitze, die vor allem dem deutschen Bergbau neues Blut, große Gewinne zuführte, aber auch größte Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des deutschen Bergbaues stellte und die Neuananschaffung von Maschinen usw. bedingte. Während die Interessenten mit den Fachleuten noch darum stritten, ob die Eng-

80 Millionen Mark. In den letzten Monaten des Jahres 1926 stellten sich die Ertragnisse fast auf 100 Millionen Mark. Dann erfolgte eine schnelle Steigerung auf über 120 Millionen Mark in den letzten Monaten des Jahres 1927, womit der Lohnabzug ungefähr auf der Rekordhöhe der glänzenden Konjunkturmonate im Anfang des Jahres 1925 liegt. Diese Entwicklung bedeutet, daß Hunderttausende von Arbeitern, die durch die Krise 1925/26 zur Arbeitslosigkeit verdammt waren, wieder in die Arbeit und zu Verdienst kamen. Sie treten in verstärktem Maße als Verbraucher und Käufer in Erscheinung. Der ganzen Produktion werden so langverschlossene Absatzgebiete wieder geöffnet. Der Umfang der zu produzierenden und zum Verbrauch gelangenden Gütermengen erweitert sich. Teilweise kann die einheimische Produktion dem Bedarf nicht genügen, so daß in Verbindung mit den einströmenden Auslandsanleihen eine stärkere Einfuhr nicht nur an Rohstoffen und halbfertigen Waren, sondern auch an Lebensmitteln und Fertigwaren erfolgt. Ein deutlicher Ausdruck dafür ist die stärkste Beanspruchung der Reichsbahn hinsichtlich der täglichen Wagengestellung. Sie machte im Anfang des Jahres 1926 arbeitstäglich rund 105 000 bis 110 000 Wagen aus und steigerte sich bis Ende des Jahres 1927 auf die Rekordziffer von über 165 000 pro Arbeitstag. Das Bild wird ergänzt durch die Entwicklung des Produktionsindex. Wenn man die Gesamtproduktion (Industrien der Grundstoffe und die verarbeitenden Industrien) für die Zeit von 1924 bis 1926 = 100 setzt, ergibt sich eine Steigerung von rund 95 im Anfang des Jahres 1926 auf über 125 Ende des Jahres 1927.

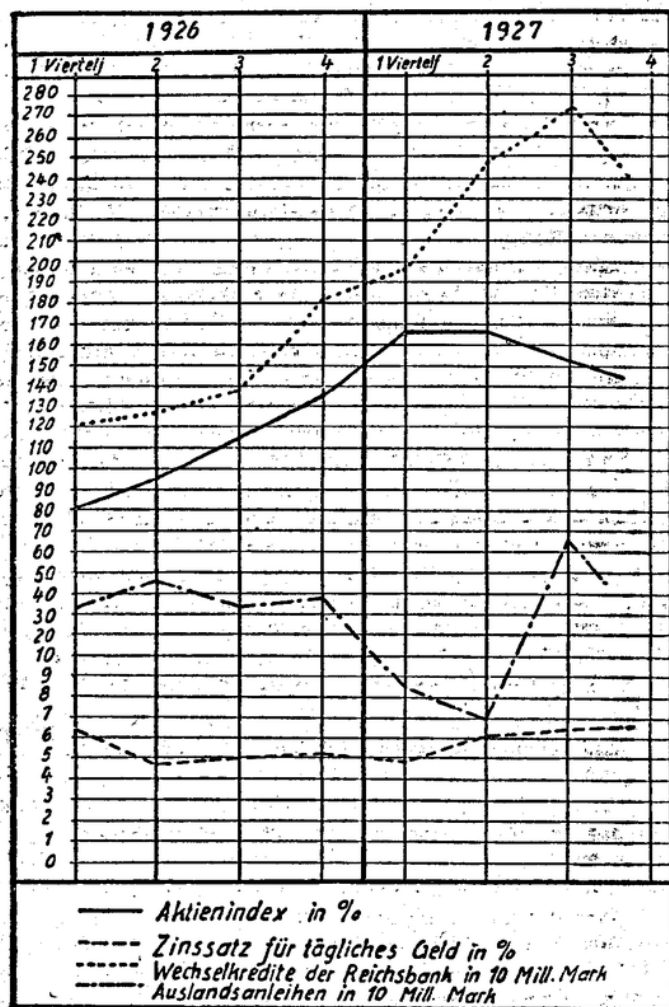
Ein besonderes Zeichen für die Konjunktorentwicklung während des Jahres 1927 sind die Leistungen der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke. Eine ziemlich genaue Beurteilung für diese Entwicklung ist an Hand der Kohlenanforderungen möglich. Die Kohlenabgabe durch die verschiedenen deutschen Reviere an die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke bewegt sich 1926 und 1927 in aufsteigender Linie. Während in den beiden ersten Vierteljahre des Jahres 1927 der Anteil der Produktionsmittelindustrien und im dritten Vierteljahr der Anteil der Konsumindustrien am Gesamtkohlenablaß stark steigt, wird im letzten Teil des Jahres 1927 der Anteil des Kohlenverbrauchs durch die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke am Gesamtkohlenverbrauch ständig größer. Das ist ein Zeichen dafür, daß die Konjunktur nicht von besonderen Wirtschaftszweigen wie im Jahre 1926 getragen wurde, sondern durchweg allgemein ist. Dahin weist auch die Tatsache, daß der Kohlenablaß im Jahre 1927 sich nicht erheblich gegenüber dem Rekordablaß 1926 verringert hat, obwohl die Massenerlieferungen infolge des englischen Bergarbeiterkampfes eingeschränkt sind und der deutsche Kohlenbergbau, besonders das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat, schwer in den bestrittenen Gebieten



landspitze eine isolierte Erscheinung sei, die nur den Arbeitsmarkt im Bergbau beleben könne, hatte sich tatsächlich die Belebung vom Bergbau auf wichtige andere Industrien übertragen und die Wirtschaft ganz allgemein angekurbelt. Soweit zahlreiche deutsche Wirtschaftszweige, wie die Eisen- und die Textilindustrie nicht schon mit voller Konjunktur in das Jahr 1927 hineingingen, erfolgte die Belebung in den ersten Monaten des Jahres 1927. Die Lohnsteuer erbrachte in den ersten Monaten des Jahres 1926 durchschnittlich nur 78 bis



gegen die englische Konkurrenz ankämpfen muß. Durch die ganze Entwicklung sind die Gewinne unserer industriellen Unternehmungen stark gesteigert worden. Wie die einzelnen Bilanzen der großen Konzerne beweisen, müssen mit den Rekordumsätzen auch Rekordgewinne gemacht worden sein. Das gilt vor allem deshalb, weil die umgestellten Betriebe zum ersten Male voll ausgenutzt wurden, die deutsche Rationalisierung zum ersten Male in ihrer vollen Wirksamkeit in Erscheinung treten konnte. Wir haben auch gewisse Anhaltspunkte erhalten, wie sich die Rationalisierung auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt hat. Im Anfang des Jahres 1926 waren von je 100 Mitgliedern der Arbeiterfachverbände rund 22 arbeitslos (wobei die Kurzarbeit auf Vollarbeitslosigkeit umgerechnet ist). Die Zahl senkte sich Ende 1927 auf rund 4,5. Wenn man auch annehmen muß, daß durch die ausgedehnte Produktion zahlreiche, während der Krisen der Vorjahre stillgelegte Revierbetriebe wieder in Gang gesetzt worden sind, kann nicht bestritten werden, daß die vorgenommene Rationalisierung im wesentlichen dazu beigetragen hat, unsere in Unordnung gebrachten Arbeitsmärkte wieder zu reorganisieren, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.



Die Weiterentwicklung unserer Konjunktur ist ohne Frage eine Angelegenheit des Geldmarktes. Während der Krise 1925/26 war natürlich das Geld in Deutschland gewissermaßen, wie zahlreiche Arbeiter, arbeitslos. Es fand keine Anlage und floß auf den Aktienmarkt. In dem Maße, wie der Zinssatz fiel, kam das Geld, die billigen und leicht erhältlichen Kredite, u. a. auch das verstärkt einströmende Auslandskapital, der Kurserhöhung auf dem Aktienmarkt zugute. In dem Augenblick aber, wo die Produktion und das Handelsgeschäft größere Gewinne versprochen, tritt gewissermaßen ein Frontwechsel in der Anlage des vorhandenen Kapitals ein. Auf den Börsen geht die Kursentwicklung zurück, die Zinsen für geliehenes Geld erhöhen sich, wie aus

unserem Schaubild ersichtlich ist. Jetzt tritt die Tatsache zu Tage, daß die deutschen Geldmärkte nicht in der Lage sind, Wirtschaftskonjunkturen bei uns zu finanzieren. Der Kredit der Reichsbank (Wechselkredit) wird in verstärktem Maße angespannt, so daß die Reichsbank im Laufe des Jahres 1927 zweimal zu Zinserhöhungen (Diskonterhöhungen) greifen mußte. Die Finanzierung der deutschen Wirtschaftskonjunktur (vermehrte Einfuhren und gesteigerte Neuanlagen) konnte dann auch nur mit Hilfe von Auslandskredit durchgeführt werden.

Bei der Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Auslandskredit haben sich dann Reichsbank und Reichsregierung große Fehler zuschulden kommen lassen, deren Folgen für die weitere Konjunkturentwicklung bei uns unter Umständen bedenklich und vielleicht verhängnisvoll werden kann. Man hatte der Privatindustrie das Tor zum ausländischen Kapitalmarkt möglichst weit geöffnet, während man den Betrieben der öffentlichen Hand die Möglichkeit, Auslandskapital her einzunehmen, stark beschnitt. Dadurch ergab sich eine Uebersorgung der deutschen Großindustrie und eine ungenügende Versorgung der gemeindlichen u. s. w. Betriebe, besonders der Betriebe der Energieversorgung. An und für sich ist eine solche Entwicklung äußerst ungesund, da gerade die Uebersorgung bei den großen Konzernen und Trusts allem Anschein nach augenblicklich zu einer überspannten Erweiterung der Anlagen drängt, deren Folgen man, einen Umschlag der Konjunktur vorausgesetzt, nicht absehen kann. Wenn man sich den ganzen Kampf, den man gegen die Kapitalversorgung der Betriebe der öffentlichen Hand geführt hat, nochmals vor Augen hält, fällt immer mehr und mehr auf, daß die ganze, von Schacht, dem Präsidenten der Deutschen Reichsbank, unternommene Aktion überhaupt keine Berechtigung hatte. Die Aufnahme von Anleihen der öffentlichen Hand (Gemeinden u. s. w.) entwickelte sich wie folgt:

Inlands- und Auslandsanleihen (nur Inhaberanleihen) der Gemeinden und Gemeindeverbände 1926 und 1927.

Monat	1926		1927	
	Inlandsanleihen Mill. RM.	Auslandsanleihen Mill. RM.	Inlandsanleihen Mill. RM.	Auslandsanleihen Mill. RM.
1	2	3	4	5
Januar . . . . .	—	34,9	68,0	—
Februar . . . . .	42,0	63,0	17,5	—
März . . . . .	21,5	23,0	20,0	—
April . . . . .	175,5	—	—	—
Mai . . . . .	50,5	20,7	—	—
Juni . . . . .	7,5	—	—	—
Juli . . . . .	40,5	18,7	—	83,6
August . . . . .	47,5	—	—	4,2
September . . . . .	55,0	42,5	—	21,0
Oktober . . . . .	22,5	—	—	—
November . . . . .	73,0	—	—	3,5
Dezember . . . . .	53,0	—	—	—
	588,5	202,8	105,5	112,3

Von einer Ueberspannung der Kreditaufnahme kann keine Rede sein. Deshalb liegt der Schluß nahe, daß das Privatkapital seine durch die glänzende Konjunktur gestärkte Machtposition dazu benutzen will, um in die Betriebe der öffentlichen Hand einzudringen. Das gilt insbesondere für die elektrotechnischen Konzerne, deren Grundsatz es ja schon von jeher war, auf die Energieproduktion und die Energieversorgung Einfluß zu gewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Privatindustrie anscheinend bereit, eine Abdrosselung der Konjunktur durch Unterbindung der Kapitalversorgung zu riskieren. Wenn der glänzenden Konjunkturentwicklung in Deutschland während des Jahres 1927 irgendwie Gefahr droht, dann nur aus der Unterbindung der Kapitalversorgung. Deshalb ist der Kampf der Städte um den Kapitalmarkt ein Kampf um die Konjunktur. Fr. Olk.

## Zur Frage der Unterstellung unter die Angestelltenversicherung

Das Reichsarbeitsministerium hat in Ergänzung des § 1 A.D.G. ein Verzeichnis derjenigen Berufsgruppen aufgestellt (RGBl. 1924, I, S. 274), die der Angestelltenversicherungspflicht unterliegen. Dieses Verzeichnis ist jedoch nicht erschöpfend, und es ergeben sich daher Grenzfälle, die im Beitragsstreitverfahren ausgetragen werden müssen. Für uns liegen solche Grenzfälle besonders in den Berufen der Geldheber und Ableser bei den Betriebswerken und des Pflegepersonals in den Anstalten. Wir haben wiederholt die Frage, ob diese Berufe der Angestellten- oder der Invalidenversicherung unterstehen, bei den Versicherungsbehörden zum Austrag und auch einige Entscheidungen an dieser Stelle zum Abdruck gebracht. Leider hat sich jedoch das Reichsversicherungsamt nicht zu einer einheitlichen Rechtsprechung entschließen können, sondern teils die Angestelltenversicherungspflicht anerkannt, teils abgelehnt. Das Reichsversicherungsamt prüft in jedem Fall die von den einzelnen Kollegen ausgeübte Tätigkeit, und wenn diese überwiegend einer der im Verzeichnis aufgeführten Berufsgruppen entspricht, wird die Unterstellung unter das Angestelltenversicherungsgesetz anerkannt, sonst nicht. Daher kommt es denn auch, daß in einer Stadt oder Anstalt die Kollegen auf Grund ihrer Tätigkeit als angestelltenversicherungspflichtig angesprochen werden, während an einem anderen Ort, wo die Tätigkeit nur unwesentlich von der vorgenannten abweicht, die Anerkennung verlagert wird. Nachfolgend soll untersucht werden, ob dieser unhaltbare Zustand nicht beseitigt werden kann.

Maßgebend für das Beitragsstreitverfahren, das für Entscheidungen in dieser Frage in Betracht kommt, sind die §§ 193, 194 des Angestelltenversicherungsgesetzes, und zwar wird im Angestelltenversicherungsverfahren entschieden, d. h. der Streit ist immer vor den Spruchkammern für Angestellte auszutragen, wo sowohl über die Zugehörigkeit zur Angestelltenversicherung als auch zur Invalidenversicherung entschieden wird. Nach § 194 A.D.G. entscheidet in erster Instanz das Versicherungsamt und auf Beschwerde das Oberversicherungsamt. Letzteres entscheidet endgültig, jedoch mit der Einschränkung, daß der Streitfall unter bestimmten Voraussetzungen zur grundsätzlichen Entscheidung an das Reichsversicherungsamt abzugeben ist. Das R.V.A. entscheidet dann an Stelle des O.V.A. Die Voraussetzungen zur Abgabe an das R.V.A. sind folgende:

1. Die Abgabe muß erfolgen, wenn in der Streitfrage noch keine grundsätzliche Entscheidung des R.V.A. vorliegt und der Antrag zur Abgabe innerhalb der Beschwerdefrist vom Beschwerdeführer gestellt ist. Auch andere Beteiligte können diesen Antrag binnen einer Woche stellen, nachdem sie die Gelegenheit zur Zeußerung erhalten haben.
2. Die Abgabe muß ferner erfolgen, wenn das O.V.A. von einer grundsätzlichen Entscheidung des R.V.A. abweichen will und
3. kann das O.V.A. den Streitfall auch ohne Antrag abgeben.

Es tritt jetzt, nachdem das R.V.A. in zweifacher Hinsicht grundsätzliche Entscheidungen getroffen hat, in Erscheinung, daß Oberversicherungsämter die Abgabe nicht vornehmen, obwohl Anträge sowohl von den Versicherungsträgern (Reichsanstalt für Angestelltenversicherung, Invalidenversicherung) als auch von den Versicherten vorliegen. Hiergegen ist leider gar nichts zu unternehmen, denn das O.V.A. ist in diesen Fällen nicht zur Abgabe verpflichtet, da es weder von einer grundsätzlichen Entscheidung abweichen will, weil Entscheidungen in beiden Richtungen vorliegen, noch es sich um eine noch nicht ausgetragene Auslegung von Gesetzesbestimmungen handelt. Es steht also ganz im Ermessen des Oberversicherungsamtes, ob es den Streitfall abgeben will oder nicht, und seine Entscheidung ist endgültig. Das O.V.A. kann seine Entscheidungen dabei sowohl auf für unsere Kollegen günstige als auch ungünstige Entscheidungen des R.V.A. stützen.

Um diese für unsere Kollegenschaft nicht erwünschte Rechtslage auszufüllen, gibt es noch einen anderen Weg. Nach § 193 A.D.G. ist das Beitragsstreitverfahren, wie oben geschildert, ausgeschlossen, wenn eine gemeinsame Erklärung des Arbeitgebers und der Versicherten vorliegt, worin beide Teile die Unterstellung unter das Angestelltenversicherungsgesetz erklären. Diese Erklärung ist dann maßgeblich, d. h. sie tritt an Stelle einer Entscheidung der Spruchkammern. Nun sind jedoch einige Voraussetzungen an der Wirksamkeit einer solchen maßgeblichen Erklärung geknüpft, die unter allen Umständen beachtet werden müssen. Erstens muß ein Streit zwischen den Trägern der Angestelltenversicherung und der Invalidenversicherung über die Unterstellung bestehen. Zweitens muß der Streit außerhalb eines Leistungsfeststellungsverfahrens

entstehen, d. h. nicht mit einem Rentenverfahren zusammenhängen. Und drittens muß die Erklärung gemeinsam, d. h. gleichlautend sein. Die letztere Voraussetzung ist die wichtigste, denn wenn zwischen Arbeitgeber und den in Betracht kommenden Kollegen (Versicherten) keine Einigkeit darüber besteht, daß die Kollegen der Angestelltenversicherung unterstellt werden sollen, kommt nur das Beitragsstreitverfahren gemäß § 194 A.D.G. in Frage. Aber auch wenn die gemeinsame Erklärung vorliegt, so hat sie doch dann nicht die eingangs erwähnte maßgebliche Wirkung, wenn sie nicht vor der Anhängigmachung des Streitfalls beim Versicherungsamt, bei den Versicherungsträgern abgegeben ist. Es sind uns in letzter Zeit Bescheide des O.V.A. zugegangen, wonach zwar gemeinsame Erklärungen vorlagen, diese jedoch erst nach Einleitung des Streitverfahrens eingeholt sind. Nun ist im § 193 zwar gesagt, daß die einzuholende Erklärung maßgeblich ist, aber nicht ausdrücklich bestimmt, daß sie vor dem Streitverfahren eingeholt werden muß. Es wird lediglich bestimmt, daß, wenn auf Anfordern der beiden Versicherungsträger binnen einer festgesetzten Frist keine Erklärung abgegeben wird, über die Unterstellung im Leistungsstreitverfahren zu entscheiden ist.

Wie die Praxis also zeigt, wird die einzige Möglichkeit, den Wünschen der Kollegenschaft auf Unterstellung unter die Angestelltenversicherung Rechnung zu tragen, durch die zu späte Anforderung seitens der Versicherungsträger illusorisch gemacht. Wir wollen daher unseren Kollegen einen Weg zeigen, der ihnen dieses Recht sichert, und bitten in vorkommenden Fällen danach zu handeln. Die Kollegen (Ableser und Geldheber eines Gaswerks z. B.) wünschen entsprechend ihrer Tätigkeit die Unterstellung unter die Angestelltenversicherung. Besteht Einigkeit zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer darüber, daß die Tätigkeit angestelltenversicherungspflichtig ist, so ist dies in einer gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck zu bringen und von allen Beteiligten eigenhändig zu unterzeichnen. Diese Erklärung ist dann gleichzeitig mit dem Antrag auf Unterstellung einzureichen. Können sich die Versicherungsträger dann nicht einigen und entsteht zwischen diesen beiden Streit über die Unterstellung, so braucht die gemeinsame Erklärung nicht erst mehr von den Versicherungsträgern angefordert werden und kann demnach auch nicht zum eventl. Nachteil unserer Kollegen zu spät angefordert werden. Die Einreichung der Erklärung ohne vorherige Anforderung hält auch Derich in seinem Kommentar zur Angestelltenversicherung für zulässig. Gegenteiliges ist auch im Gesetz nicht gesagt. Mit dieser rechtzeitig vorliegenden gemeinsamen Erklärung ist dann die Unterstellung unter das A.D.G. gesichert. Es ist jedoch zu beachten, und wir stimmen hier mit dem Kommentar von Derich überein, daß der eben gezeigte Weg nicht mehr für diejenigen Fälle in Frage kommen kann, in denen bereits durch ein Streitverfahren die Angelegenheit, wenn auch zu Ungunsten unserer Kollegen, entschieden ist. Es kann also nur für neue Fälle (andere Personen) in Betracht kommen. Dabei ist es auch nicht hinderlich, ob bereits in einer ähnlichen Sache eine rechtskräftige Entscheidung im gegenteiligen Sinne vorliegt (Derich, Seite 569), wobei natürlich eine Umgehung des Gesetzes nicht beabsichtigt sein darf. Das Gesetz gibt im § 193 das Recht der Selbstbestimmung, wenn auch nur im beschränkten Umfange, und es ist daher unsere Pflicht, dieses Recht nach allen Möglichkeiten auszunutzen. Wir fassen nochmals zusammen:

Einreichung der gemeinsamen Erklärung gleichzeitig mit dem Antrag auf Unterstellung, ohne Rücksicht darauf, ob ein Streit zwischen den Versicherungsträgern entstehen wird. Dadurch Selbstbestimmung und Ausschaltung des Streitverfahrens.

Selbstverständliche und leicht erfüllbare Menschenpflicht ist die Beseitigung aller Not und drückenden Armut; die Kosten eines Rüstungsjahres würden ausreichen, um die Blutschuld der Gesellschaft zu tilgen, die heute noch den Hunger und seine Sünden in ihrem Schoß duldet. Doch diese Aufgabe ist so einfach, so mechanisch, trotz ihrer herzerregenden Dringlichkeit so trivial, daß sie eher der polizeilichen als der ethischen Vorsicht zugeschrieben werden sollte. Was darüber hinausgeht, bleibt im letzten Sinne gleichgültig. Noch immer zeugt und trägt die Erde so viel, daß der Gesamtheit Nahrung, Kleidung, Werkzeug und Muße zur Genüge erwächst, sofern sie nur im rechten Maße schafft, verbraucht und genießt will.

Walther Rathenau.



# Volkstümliche Naturwissenschaft



Wir Menschen glauben in uns selbst das höchstentwickelte Lebewesen auf dem Erdball, die „Krone der Schöpfung“, sehen zu sollen. Mit den uns eigenen Sinnen können wir nicht nur die verschiedensten Wahrnehmungen machen, sondern diese auch zur nützlichen Verwendung bringen. Betrachten wir den Weg, den der Mensch vom Beginn seines Menschwerdens bis heute, dem Zeitalter der Technik, zurückgelegt hat, so können wir uns selbst nicht eine gewisse Anerkennung versagen. Welche Möglichkeiten, für uns selbst oft noch Wunderwerke, hat der Mensch insbesondere in den letzten hundert Jahren vollbracht. Da ist das Radio, die drahtlose Telephonie, die heute schon von Millionen in ihren Interessenskreis hineingezogen wurde und fast als etwas Selbstverständliches angesehen wird. Da ist die Telegraphie und Telephonie „am Draht entlang“, mit der man nicht nur geschriebene und gesprochene Worte in alle Welt senden, sondern neuerdings auch Bilder von Stadt zu Stadt und Land zu Land übermitteln kann.

Erweckte der aus dunkler Wolke herniederzuckende Blitz im Urzeitmenschen Furcht und Schrecken, so wurde dem Menschen der Jetztzeit diese gleiche, mit Maschinen erzeugte elektrische Kraft zum Hilfsmittel, dessen er sich in vielfacher Weise bedient.

Aber die Natur ist uns Menschen nicht nur Dienerin, sie ist uns vielmehr in erster Linie Lehrmeisterin. Der tragende unerlöschliche Fels, der im Sturm sich neigende Baum, das kalte, starre, und doch im warmen Zustande schmiegsame, leicht zu verarbeitende Eisenerz zeigten ihm ungeahnte Möglichkeiten.

Wir lächeln überlegen, wenn wir hören, daß vor uns lebende Menschen übersinnliche unirdische Geister im Wirken und Schaffen der Natur erkennen zu müssen glaubten. Und doch ist es noch nicht allzu lange her, seit wir so vieles erst mit anderen Augen ansehen. Mit unseren durch naturwissenschaftliche Erkenntnis geschärften Augen, mit all den Hilfsmitteln der uns zu Hilfe kommenden Technik läßt sich das Weltbild eben völlig anders, tief eindringlicher betrachten. Bedeutende Forscher, hervorragende Männer der Naturwissenschaft haben die Natur mit Einschluß des Lebendigen als ein System von Energiematerie bezeichnet, in dem alles nach dem Gesetz von Ursache und Wirkung verläuft. Der Physiologe Du Bois-Reymond (\* 7. Nov. 1818 Berlin, † 26. Dez. 1896) erklärte: „Die theoretische Naturwissenschaft ruht nicht eher, als bis sie die Erscheinungswelt auf Bewegungen letzter Elemente zurückführt, welche nach denselben Gesetzen vor sich gehen wie die der größeren, sinnfälligen Materie.“ Eine solche Auffassung nennt

man die mechanistische Weltanschauung im Gegensatz zur Teleologie, die Lehre von der Zweckdienlichkeit und Zweckbestimmung. Anders wiederum der Vitalismus, jene Annahme einer besonderen Lebenskraft, die nicht mechanisch oder chemisch zu erklären, sondern unerkannt und unerforschlich sei.

Umfassende Arbeit auf dem Gebiete der Lebenserkenntnis leisten die Biologen. Unter Biologie versteht man die Wissenschaft vom Leben in seinen Erscheinungen als Pflanze, Tier und Mensch. Physik und Chemie untersuchen, von verschiedenen Seiten angreifend, die Organismen, um sie in ihren Einzelheiten, ihren Zweckmäßigkeiten, ihren Wirkungen zu zerlegen oder auch zusammenzufassen und die übergeordneten Naturgesetze zu erkennen.

So sucht der Mensch in jeder Weise den sogenannten Geheimnissen der Natur auf die Spur zu kommen, sie zu erkennen und diese Erkenntnis in seinen Dienst zu stellen. Wie oft schon mögen wir selbst, vielleicht ganz unbewußt, solche Wege gewandert sein. Unbewußt, weil es uns an Zeit mangelte, den Dingen tiefer auf den Grund zu gehen, sie näher zu untersuchen, um sie klar und deutlicher zu sehen. Und doch sollten wir uns soviel Zeit schaffen, um uns auf diesen Gebieten des menschlichen Seins zu orientieren. Naturwissenschaftliche Erkenntnis ist die Grundlage folgerichtigen Denkens und Handelns. Um sie zu erlangen, haben auch wir Arbeitsmenschen Hilfsmittel an der Hand, die uns ein Eindringen leichter werden lassen. Neben dem praktischen Sammeln von Erfahrungen und Erkenntnissen in und mit der Natur haben wir das geschriebene Wort, die festgelegten Wissenschaften der Forscher und Denker. Die „Urania“, die proletarische Zeitschrift für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre, wie auch der „Kosmos“, die Monatschrift der Gesellschaft der Naturfreunde, bringen in ihren Monatsheften und ihren Buchwerken immer neue und wertvolle Schätze herbei, mit deren reizvollen Eigenschaften wir uns in stillen, zum Nachdenken zwingenden Stunden beschäftigen können und müssen. Lichtbild und Film, die bei den Bildungsbestrebungen unseres Verbandes immer mehr und mehr Eingang finden, sind ebenfalls geeignet, unser Wissen zu vergrößern. Das schafft uns eine natürliche, sichere und festgefügte Grundlage, auf die wir unsere freie, von allem Ueberflüssigen und Uebernatürlichen befreite Weltanschauung aufbauen können. Haben wir aber unsere Weltanschauung fest fundiert und logisch aufgebaut, dann haben wir uns damit eine Waffe geschmiedet, die wir im Kampfe ums Dasein, im täglichen Erringen unseres Leibes Notdurft und Nahrung gut gebrauchen können. Denn die Beschäftigung mit der Naturwissenschaft bringt uns Klarheit im Denken und damit Klarheit im Handeln.

W. Bulan.

## Die Eisenerz

Amerika ist das kapitalistisch am stärksten entwickelte Land. Trotzdem steht, an deutschen Verhältnissen gemessen, die sozialistische Arbeiterbewegung Amerikas auf sehr schwachen Füßen. Die kleine sozialistische Partei der Vorkriegszeit hat sich nach dem Kriege genau wie in Deutschland in vier Parteien gesplittet. Die Gewerkschaftsbewegung atmet einen mehr bürgerlichen als sozialistischen Geist. Bei alledem hat Amerika aber mehrere hochbedeutende sozialistische Romandichter hervorgebracht. Wir nennen Edward Bellamy, der den berühmten Roman „Rückblick aus dem Jahre 2000“ schrieb, ferner Upton Sinclair, Jack London und Sinclair Lewis, die heute wohl zu den gekieften Schriftstellern gehören.

Die Büchergilde Gutenberg hat sich nun ein Verdienst dadurch erworben, daß sie Jack Londons Romane ihren Anhängern zugänglich macht. Von diesen ist kürzlich „Die Eisenerz“ erschienen, ein Roman, der an Bellamys „Rückblick“ erinnert, und 20 Jahre nach dem, im Jahre 1907, geschrieben wurde. „Die Eisenerz“ stellt gewissermaßen auch einen Rückblick aus dem Jahre 419 der von Jack London erfundenen neuen Zeitrechnung auf die Gegenwart dar, was etwa dem Jahre 2600 unserer Zeitrechnung entsprechen würde. Der Roman schildert u. a. zwei Revolutionen, die gewissermaßen in der sozialistischen Entwicklungslinie liegen. Er atmet, starken marxistischen Geist. Besonders in den ersten Kapiteln werden dem Leser die marxistischen Grundgedanken nahegebracht. Jack London ist Amerikaner und sieht natürlich die Entwicklung auch amerikanisch. So mutet uns manches, — durch die deutsche Brille gesehen — fremdartig an. Wir wissen, daß der amerikanische Kapitalismus noch eine Portion brutaler als der deutsche auftritt, was doch gewiß etwas heißen will. In der schlimmsten Form aber, so wie sie von Jack London geschildert wird, übertrifft die Brutalität der amerikanischen Kapitalisten sogar die deutsche unter dem Sozialistengesetz. Wie weit der deutsche Kapitalismus in seiner Rohheit gehen würde, ließ die Stilllegungsandrohung der Schwerindustrie ahnen, wenn sie mit all ihren Folgen und Begleiterscheinungen perfekt geworden wäre. Die zwei Arbeiterklassen („Arbeiteraristokratie“ und „Voll des Abgrundes“), die

London konstruiert, sind ebenfalls echt amerikanische Erscheinungen, die sich insbesondere aus der zeitweiligen Schließung der Mitgliederlisten der dortigen Gewerkschaften ergeben, so daß die organisierten Arbeiter in gehobener Lebenslage kommen als die Unorganisierten, und eine Arbeiteraristokratie bilden.

Jack Londons „Eisenerz“ müßte jeder deutsche Arbeiter lesen. Mit der wiedergabe der nachfolgenden Kapitel machen wir unsere Leser zu einem Teil mit diesem guten Roman bekannt. G. R.

### Die Maschinenstürmer.



Urz bevor Ernst sich als Kandidat der Sozialisten für den Kongreß aufstellen ließ, gab Vater sein „Gewinn- und Verlustessen“, wie er es vertraulich nannte. Ernst nannte es das Essen der Maschinenstürmer. Tatsächlich lud Vater hauptsächlich Geschäftsleute — kleine Geschäftsleute natürlich — ein. Ich zweifle, daß einer von ihnen an irgendeinem Geschäft beteiligt war, dessen Gesamtkapital mehr als einige hunderttausend Dollar betrug. Sie waren echte Vertreter des Mittelstandes.

Da war zum Beispiel Owen von der Firma Silverberg, Owen u. Co., einem großen Kolonialwarengeschäft, das mehrere Zweiggeschäfte besaß; wir kauften bei ihnen. Ferner die beiden Teilhaber der großen Drogerie Kowalt u. Washburn, sowie Herr Asmussen, Besitzer eines großen Granitsteinbruchs in Contra Costa County, und viele ähnliche Leute, Besitzer oder Teilhaber kleiner Fabriken, kleiner Geschäfte — kurz, kleine Kapitalisten.

Es waren geschäftl. aussehende Männer, und sie sprachen klar und einfach. Sie klagten einmütig über die großen Wirtschaftsverbände und Trusts. Ihre Lösung war: „Nieder mit den Trusts!“ Die Ursache alles Elends waren die Trusts, und alle beklagten sich darüber. Sie vertraten die Ansicht, daß solche Trusts wie Eisenbahnen und Telegraphen dem Staat übereignet werden müßten; die gewaltigen Ankaufungen von Reichtum sollten durch ent-

## Die Sachsen zum Kursus in Buckow

Im Laufe des Nachmittags am 20. November trafen sich die Teilnehmer im Wartesaal 3. Klasse des Schlesiſchen Bahnhofes in Berlin. Ein recht unfreundlicher Ort, unser Treffpunkt. Immer neue Kollegen kommen mit Koffern, die zum Kursus gehören. Einige sind sich von früheren Kursen bekannt, freundliche Erinnerungen werden ausgetauscht. Die Zeit vergeht rasch, Kollege Hartig betritt den Wartesaal und wird von Kollegen, die ihn kannten, freundschaftlich begrüßt. Gemeinsam fuhren wir mit dem Vorortzug nach Strausberg. Da stand ein Autobus, der uns nach dem Bildungsheim brachte. Es war nun schon sehr finster und sehr kalt, schon eine ganze Strecke hatten wir zurückgelegt, immer waren wir noch nicht am Ziel. Der Autobus schwankte beträchtlich weicher und schien über Sturzbacher zu fahren. Zum Glück war die Fahrt zu Ende, sonst wären die Sachsen doch ungemütlich geworden. Nun hatte uns der Vorstand nach so einer Einsamkeit geführt, stockdunkel „mitten auf Feld“ gefahren. Derbandsvorstand, dir wäre es nicht gut ergangen, wenn du hier wärest. Mit den Koffern stolperte man nun erst Treppen ab, dann auf, h's uns ein helles, anheimelndes Licht aus einer Tür empfing. Hier waren wir im Hotel. Die Zimmer wurden gerecht durch Lise verteilt. Es wurde noch gesucht, bis die richtigen zusammen waren. Inzwischen rief der Gong zum Abendessen. Der Speise- und Aufenthaltsraum war eins. Eine lange Tafel bot für alle Platz. Das Bildnis Legiens wurde von einer schwarz-rotgoldenen und von einer ganz roten Fahne umrahmt. Vier elektrische Sonnen spendeten wohlthuende Wärme. Zwei Schränke waren des Wissens voll und boten Stoff für freie Zeit. Der Radioapparat war platt, als wir kamen, und hat trotz Herumdoktern die Sprache nicht wieder bekommen, darüber war selbst der Flügel verstimmt. Nach dem Abendessen begann die Begrüßungsfeier. Wie verschieden sind doch die deutschen Stämme! Hier wurde das Verteilen von Schulunterricht und die Wahl des Schülerrates als Begrüßungsfeier gerechnet. Am Morgen konnten wir uns nun erst umsehen, wohin wir verschleppt waren. Da wurden die Augen aufgerissen, vor uns am Fuße des Berges ein großer See, der Wind trieb Wellen, auf denen sich im dünnen Schilf wilde Enten schaukelten. Ganz drüben liegt Buckow im Holz versteckt, rote Dächer und Häusergiebel winkten. Der Unterrichtsraum liegt eine Treppe hoch (Heiligtum, wo nicht geraucht werden darf) und ist mit Schulbänken, Wandtafel, Landkarten, Pult und Wanduhr, die viel zu schnell ging, ausgestattet. Zwei Wände bestehen aus sechs großen Fenstern. Auf der einen Seite mit Aussicht auf den See, auf der anderen auf Kiefernwald.

Dem Unterricht wurde mit Interesse gefolgt, die Zeit war unser größter Feind. Kollege Hartig mußte Schluß gebieten, sonst gab es kein Ende, alles war voll Arbeitsfreude. Bei den praktischen Übungen sollten die Kollegen in Versammlungsleitung, Protokollführung sowie Rednerkunst geschult werden. Hier wurden der Versammlungsleitung manche Schwierigkeiten gemacht (von selten der Opposition). Von den Rednern wurden sehr schöne Vorträge gehalten: Gewerkschaft und Partei, Alko'ol und Arbeiterschaft, Frauen und Gewerkschaft, Arbeitersport, Jugendbewegung.



Am 29. November war Besichtigung von Berlins Großkraftwerk Rummelsburg mit allen neuzeitlichen Einrichtungen. Die Heizer in weißen Anzügen, die durchsichtigen Fußböden, Brause- und Wannenbäder für die Belegschaft. Aber auch das alte Werk wird uns mit seinem Betriebsrat bleibende Erinnerung sein. Hierauf ging es nach unserem Heim, das von oben bis unten durchstöbert wurde. Mittag haben wir im Gewerkschaftshaus gegessen, anschließend war Rundfahrt mit Autobus, die am Parlament endete. Da der Reichstag nicht tagte, haben wir das Gebäude besetzt, ohne Widerstand alles in Augenschein genommen, durch die Hammelsprungtür ins Herz. Und ohne was erreicht zu haben, mußten wir das Gebäude verlassen. Die düsteren grauen Häuserfronten waren erwacht aus ihrem betrüblichen Dasein. Überall brannte Licht in allen Farben. Lichtreklamen überall. Das Straßengewirr wurde

sprechende Abgaben verhindert werden. Ferner verlangten sie, daß gemeinnützige Anlagen wie Wasserleitung, Gas, Fernsprecher und Straßenbahn in den Besitz der Gemeinde übergehen sollten.

Besonders interessant war, was Asmunsen als Besitzer des Steinbruchs schilderte. Er erklärte, nie Gewinn aus seinem Steinbruch erzielen zu können, obgleich sein Geschäft seit der Zerstörung San Franziskos durch das große Erdbeben einen riesigen Aufschwung genommen hätte. Vor sechs Jahren wäre der Wiederaufbau San Franziskos in Angriff genommen, sein Geschäft hätte sich seitdem vervierfacht und verachtigfacht, und doch habe er nichts davon.

„Die Eisenbahn kennt meine Geschäfte besser als ich“, sagte er. „Sie weiß meine Unkosten auf den Cent genau und kennt sogar meine Lieferungsverträge. Woher sie diese Kenntnisse hat, kann ich nur vermuten. Sie muß Spione in meinem Geschäft und in denen meiner Geschäftsfreunde haben, denn, sehen Sie, sobald ich einen großen Vertrag abschließe, dessen Bedingungen mir einen guten Gewinn versprechen, werden die Frachtsätze von meinem Steinbruch nach den Ablieferungsarten erhöht. Eine Begründung wird nicht gegeben. Die Eisenbahn schluckt meinen Gewinn. Ich habe nie die Eisenbahn von einer solchen Tarifierhöhung abbringen können. Gab es andererseits unvorhergesehene Zwischenfälle, erhöhten sich die Unkosten oder mußten Verträge unter weniger ausichtsreichen Bedingungen geschlossen werden, so setzte die Eisenbahn die Frachtsätze stets entsprechend herab. Was ist das Ergebnis? Die Eisenbahn bekommt stets meinen Gewinn, möge er groß oder klein sein.“

„Ihnen bleibt also“, unterbrach Ernst ihn, „ungefähr soviel, wie das Gehalt ausmachen würde, das Sie als Geschäftsführer bekämen, wenn der Steinbruch der Eisenbahn gehörte?“

„Ganz genau“, erwiderte Asmunsen. „Neulich sah ich meine Bücher der letzten zehn Jahre durch und fand, daß ich in diesen

zehn Jahren genau soviel verdient hätte, wie das Gehalt eines Geschäftsführers ausgemacht hätte. Die Eisenbahn hätte ebenso gut Besitzerin meines Steinbruchs sein und mich als Geschäftsführer angestellt haben können.“

„Nur mit dem Unterschied“, lachte Ernst, „daß die Eisenbahn dann das Risiko getragen hätte, das Sie ihr nun so entgegenkommend abnehmen.“

„Sehr richtig“, erwiderte Asmunsen erregt.

Nachdem jeder sein Herz ausgeschüttet hatte, begann Ernst nach allen Seiten Fragen zu stellen. Er fing mit Herrn Owen an.

„Haben Sie nicht vor etwa sechs Monaten hier in Berkeley ein Zweiggeschäft eröffnet?“

„Ja“, antwortete Herr Owen.

„Und seitdem haben, wie ich bemerkte, drei kleine Kolonialwarenhandlungen ihre Läden geschlossen. Was das Ihre Schuld?“

Herr Owen bejahte mit selbstgefälligem Lächeln. „Sie konnten sich nicht gegen uns halten.“

„Warum nicht?“

„Wir hatten mehr Kapital. Je größer das Geschäft, desto geringer die Unkosten, und desto höher die Leistungsfähigkeit.“

„Und Ihre Filiale hat die Gewinne der drei kleinen Geschäfte aufgesogen. Ich verstehe. Aber sagen Sie, was ist aus den Inhabern der drei Geschäfte geworden?“

„Einer von ihnen fährt einen Lieferwagen für uns. Was aus den beiden andern geworden ist, weiß ich nicht.“

Ernst wandte sich unvermittelt an Herrn Kowalski.

„Sie verkaufen viel zu herabgesetzten Preisen. Was ist aus den kleinen Drogisten geworden, die Sie an die Wand gedrückt haben?“

„Einer von ihnen ist jetzt Leiter unserer Arzneimittelsabteilung“, lautete die Antwort.

„Und Sie saugen den Gewinn auf, den früher diese kleineren Geschäfte gemacht haben?“



stärker, rotes Licht hielt auf Kreuzungen den Verkehr auf Augenblicke an, sobald es grün wurde, begann die andere Straße zu stocken. Auto, Auto und Geschirr. Kaufhaus Wertheim, Leipziger Straße, zog mich in seinen unheimlichen Mägen ein. Menschen, Treppen, allerlei Ware, mir wurde der Kopf schwer von all dem, so war die frische Luft Erholung. Ruhig zogen schwerbeladene Kähne auf der Spree. Heute gab es „Schieber des Ruhms“, eine Patriotenkomödie. Die moderne französische Dramatik ist keineswegs nur eine Verherrlichung von Sieg und Ruhm. So ist die „Patriotenkomödie“ von Pegnol und Nivoix eine überaus wirkungsvolle Satire auf geschäftlich und politisch ausgenutzte Heldenverehrung. Das war ein schönes Erlebnis. Noch ein wenig vom Leben im Heim:



Die sich anfangs fremden Kollegen fanden sich bald zu einer kollegialen Lern- und Lebensgemeinschaft zusammen. In den Unterrichtspausen hatte man sich manchmal recht heftig (in Korbfesseln auf dem Gang) auseinandergesetzt. Von 14—15 Uhr, beim Spielen, gab es viel zu lachen, wenn einer den Medizinball recht ungeschickt bekam, oder bei Mannschaftskämpfen mal hinfiel. Bei den Freiübungen hoppste hier und da ein Hosenknopf weg. Einen Tag um den andern gingen wir spazieren, dabei wurden immer Arbeiterlieder gesungen, was die Leute stützig machte. So haben wir die Umgebung durchstreift. Bollersdorf, Wolfschlucht, Poetensteig, Haus Cornow, Prizhagener Mühle, Blutbuche, Güntherquell, Schweizerhaus und Buckow. Mit leichtem Kopf voll Sauerstoff ging es dann wieder froh an die Arbeit.

Abends waren verschiedene Veranstaltungen. Einmal spielten wir die Maschinenstürmer von Toller. Am andern Abend haben

wir den Kollegen Schaum von der Bahn mit Gefang abgeholt. Abends darauf gab es eine Arbeitsgerichtsverhandlung mit Geheimrat, Gerichtsrat, Doktor und Gewerkschaftsangehörigen. Kollege Schaum machte den Gerichtsdiener und seinen Vorgesetzten allerhand Schwierigkeiten. Sonnabend, 13 Uhr, war Schluß. So war auch der ganze Sonntag frei, bloß Essen war „Pflicht“. Am Sonnabend war Reichsbannerveranstaltung in Buckow, zu dem wir durch Schreiben eingeladen waren. Die nicht Vergnügungssüchtigen spielten Dame oder lasen Bücher im Heim. Die kommende Woche brachte noch zwei Lichtbildervorträge vom Kollegen Hartia. Zum letzten Vortrag waren Genossen aus Buckow bei uns zu Gast. Die übrigen Abende wurden mit schriftlicher Arbeit ausgefüllt. Donnerstag war Abschiedsfeier der Sachsen von Buckow. Der erste Teil war ganz auf Ernst eingestellt, der zweite Teil gemütlich. Ausschließlich aus eigenen Kräften selbst auszuführen.

Mit einfachen Mitteln eine schöne Feierstunde. Am Freitag war Kollege Becker vom Vorstand in unserer Mitte. Doch allzu schnell kam die Abschiedsstunde. Wir wären alle gern sitzengeblieben. Doch Kollege Kummer machte uns Kummer. Die Taube vom Taubenschlag sah uns wehmütig nach. Wir bestiegen den Autobus und fuhren nach dem Schienland in alle Ecken und gelebten im Dienst der Sache zu wirken, damit der Verband und mit ihm die Gewerkschaft eine Macht wird. Der Kursus wird uns eine angenehme Erinnerung bleiben. G. Wünsche.

Finstere Sittenprediger wollen euch manchmal lehren, daß die Freude im Leben keinen Platz finden darf. Folgt ihnen nicht! Eine alte religiöse Ueberlieferung, die noch auf uns lastet, will uns glauben machen, daß Entbehrungen, Leiden und Schmerzen erstrebenswerte Güter sind und daß sich ein besonderes Verdienst erwirbt, wer sie freiwillig auf sich nimmt. Welch großer Schwindel! Nur weil man den Völkern eingeredet hat, daß man hienieden leiden muß, um in jener anderen Welt glücklich zu sein, hat man sie dazu gebracht, sich allen Unterdrückungen und Ungerechtigkeiten zu unterwerfen. Hört nicht länger auf die, die euch predigen, daß das Leiden etwas Herrliches sei! Nur die Freude ist gut! ... Und es ist Zeit, Genossen, daß man eure Kraft spürt und daß euer zur Klarheit und Schönheit erhobener Wille sich der Gesellschaft aufzwingt, um ihr ein wenig Vernunft und Gerechtigkeit zu bringen, während sie jetzt nur noch den Antrieben des Eigennutzes und der Furcht gehorcht. An euch, ihr Genossen, an euch, ihr Arbeiter, ist es, eure Geister und Herzen zu erheben und euch durch Studium und Nachdenken zu befähigen, den Sieg der sozialen Gerechtigkeit und des Völkerefriedens näher zu führen. Anatole France.

„Gewiß. Dafür sind wir ja Geschäftsleute.“

„Und Sie,“ wandte Ernst sich plötzlich an Herrn Asmunsen, „Sie sind entsetzt, weil die Eisenbahn Ihre Gewinne aufgesogen hat?“

Herr Asmunsen nickte.

„Sie möchten wohl den Gewinn für Ihre Tasche haben?“

Herr Asmunsen nickte wieder.

„Auf Kosten anderer?“

Keine Antwort.

„Auf Kosten anderer?“ beharrte Ernst.

„So verdient man eben“, erwiderte Herr Asmunsen kurz.

„Dann sehen Sie es als Geschäftsmann für Ihre Aufgabe an, an andern zu verdienen, diese andern jedoch zu verhindern, an Ihnen zu verdienen, nicht wahr?“

Ernst mußte die Frage wiederholen, ehe Herr Asmunsen antwortete.

„Ja, so ist es“, sagte er. „Nur daß wir nichts dagegen haben, daß auch die andern verdienen, solange dieser Verdienst nicht übermäßig ist.“

„Mit übermäßig meinen Sie groß; aber Sie haben nichts dagegen, selbst großen Verdienst einzuheimsen? Sicher nicht.“

Herr Asmunsen gestand diese Schwäche freundlich ein. Noch ein anderer der Anwesenden wurde jetzt von Ernst aufs Korn genommen, ein Herr Calvin, der früher einmal eine große Molkerei besessen hatte.

„Vor einiger Zeit haben Sie den Milchtruf bekämpft“, sagte Ernst zu ihm; „und jetzt haben Sie sich in die Politik gestürzt. Wie kommt das?“

„Oh, ich habe den Kampf nicht aufgegeben“, antwortete Herr Calvin und sah kriegerisch genug drein. „Ich bekämpfe den Truf auf dem einzigen Felde, wo er bekämpft werden kann, dem poli-

tischen. Ich will Ihnen das erklären. Vor einiger Zeit hatten wir Molkereibesitzer vollkommen freie Hand.“

„Aber Sie machten sich gegenseitig Konkurrenz“, unterbrach Ernst ihn.

„Ja, und dadurch wurden die Preise gedrückt. Wir machten Versuche, uns zu organisieren, aber unabhängige Molkereibesitzer durchbrachen den Ring immer wieder. Dann kam der Milchtruf.“

„Finanziert von dem Uberschuß der Standard Oil Company“, sagte Ernst.

„Ja“, bestätigte Herr Calvin. „Aber das wußten wir damals nicht. Der Truf kam uns mit dem Knüttel: „Macht mit und werdet fett oder bleibt draußen und hungert.“ Die meisten von uns traten ein. Wer es nicht tat, hungerte. O ja, der Truf bezahlte ... zuerst. Der Milchpreis stieg um einen Cent das Liter, ein Viertel dieses Cents bekamen wir, drei Viertel der Truf, dann stieg der Preis wieder um einen Cent, und davon bekamen wir nichts. Unsere Vorstellungen waren erfolglos. Der Truf stand unter der Kontrolle der Standard Oil Company. Wir entdeckten, daß unsere Anteile verpfändet waren. Schließlich wurde uns der Viertelfcent auch nicht mehr zugestanden. Dann begann der Truf uns auszupressen. Was sollten wir tun? Schließlich waren wir ausgepreßt, und es gab keinen Molkereibesitzer mehr, nur noch einen Milchtruf.“

„Aber ich sollte meinen, daß Sie mit einem Preisaufschlag von zwei Cents konkurrenzfähig gewesen wären“, sagte Ernst listig.

„Das meinten wir auch, und wir versuchten es.“ Herr Calvin schüttelte den Kopf. „Aber das ruinierte uns. Der Truf brachte die Milch billiger auf den Markt, als wir es konnten. Er konnte immer noch mit einem kleinen Gewinn verkaufen, wo wir mit offenbarem Verlust arbeiteten. Ich verlor dabei fünfzigtausend Dollar. Die meisten von uns machten Bankrott. Die Molkereibesitzer verloren ihre Existenz.“

# Naturwissenschaft

## Himmelerscheinungen im Januar

Das neue Jahr hat begonnen und wir halten Ausschau, was es uns bringen wird. Die „Urania-Korrespondenz“ bringt eine Übersicht der Himmelerscheinungen im Januar 1928, der wir folgendes entnehmen: In astronomischer Hinsicht ist diese Vorausschau nicht schwer, denn da „läßt sich alles berechnen“. Das neue Jahr besichert uns an Besonderem drei Sonnen- und zwei Mondfinsternisse. Ueberdies ist es ein „Marsjahr“, d. h. unser Nachbarplanet wird wieder in Erdnähe kommen und gut beobachtbar werden. Diese Marsopposition findet allerdings erst gegen Ende des Jahres statt. Von den Sonnenfinsternissen kommt diejenige am 17. Juni 1928 praktisch überhaupt nicht in Frage, denn es werden noch nicht einmal vier Hundertstel der Sonnenoberfläche bedeckt werden. Für uns Europäer scheidet ferner die Totale Sonnenfinsternis vom 19. Mai aus, da sie bei uns nicht sichtbar ist. Dagegen können wir die Partielle Sonnenfinsternis am 12. November beobachten. Es wird dabei in Deutschland allerdings nur etwa ein Drittel der Sonnenscheibe verdunkelt. Von den beiden Totalen Mondfinsternissen bleibt uns die vom 3. Juni verborgen, während wir die am 27. November werden verfolgen können. Im Januar 1928 sehen wir unser Tagesgestirn, wie stets zu Jahresanfang, tief am Horizont in flachem Bogen dahingehen, doch befindet es sich bereits wieder im Aufstieg, und wir erfahren in diesem Monat eine Tageszunahme von einer guten Stunde, nämlich von 8 auf 9 Stunden. Von den Planeten bleibt Merkur unsichtbar, da er am 9. Januar jenseits der Sonne vorüberzieht, also in ihren Strahlen verschwindet. Morgens leuchtet vor allen Venus im Skorpion. Anfangs erscheint sie noch  $3\frac{1}{2}$ , später nur noch 2 Stunden vor Sonnenaufgang. Am 28. Januar wird sie knapp einen halben Bogengrad oberhalb von Saturn stehen. Der 19. Januar bringt eine Zusammenkunft der

Venus mit unserem Mond. Saturn befindet sich, wie schon aus der vorgenannten Konjunktion folgt, ebenfalls im Skorpion. Er erscheint anfangs 2, später jedoch schon 4 Stunden vor der Sonne, weil er im Gegensatz zur schnellen Venus nur ganz wenig weiter rückt. Mars steht gleichfalls in derselben Gegend, er wandert, während dieses Monats vom Skorpion in den Schützen. Er kommt zunächst  $1\frac{1}{2}$ , schließlich aber schon 2 Stunden vor der Sonne heraus. Wie Venus den Morgenhimmel, so beherrscht Jupiter den Abendhimmel. Er geht ebenso wie der dicht bei ihm stehende Uranus im Laufe des Januar durch den Frühlingspunkt hindurch.

Dabei treffen sich die beiden Wandelsterne am 24., und Uranus befindet sich nur vier Fünftel einer Vollmondsbreite höher. Jupiter und Uranus sind bei Sonnenuntergang bereits über dem Horizont, gehen aber anfangs bereits vor 23 Uhr unter, später sogar schon bald nach 21 Uhr. Neptun, der letzte im Planetenreigen, erscheint im Monatsanfang um 21 Uhr, schließlich jedoch schon um 19 Uhr im Sternbild des Löwen. Unser Mond zeigt bereits am 7. Januar seine volle Scheibe. Am 14. hat er infolgedessen schon bis zum letzten Viertel abgenommen und wird am 22. Neumond. Der 29. Januar bringt dann das erste Viertel.

Beim Anblick des Fixsternhimmels finden wir Orion mit den anderen Wintersternbildern fast in der Himmelsmitte. Jupiter steht dann schon dem Untergang nahe tief im Westen, während als ähnlich helle Himmelsmarke Regulus über dem Osthorizont leuchtet. — Die Milchstraße spannt sich quer von Südost nach Nordwest. Vom Großen Hund mit Sirius steigt sie durch den Kleinen Hund und die Zwillinge bis zum Fuhrmann im Scheitelpunkt empor, um sich dann durch Perseus, Cassiopeia und Cepheus zum Schwan herabzulassen.

In den ersten Tagen des Januar wird ein Sternschnuppenfall den Mitternachtshimmel beleben. Er scheint vom Sternbilde des Bootes auszustrahlen und so nennt man diese „fallenden Sterne“ die Bootiden. Körnerchen von Weltallstaub sind es, die in bestimmter Bahn schweben. Unsere Erde erreicht diese Stelle alljährlich zu Jahresbeginn, so daß wir von einem periodischen Sternschnuppenschwarm sprechen. Kihauer.

## Sach'sches Kaffeelied

(Gesungen auf dem Sachsenturms.)

Ich bin ä Sachse, geunt ihr mei Gedränge,  
Firs ganze Jahr ä vartel Bunde Kaffee,  
Schon meine Väter dranken ihn, ich denke  
Gemietlich auf dem alten Gannebeß.  
Dertun will ich nicht lassen,  
So täglich fufzeln Dassen.  
Komm Alte, schenk mer noch ä Schälchen ein,  
Ich bin ä Sachse, will ä Sachse sein!  
In Dräßen, Meissen, Bärne und in Dohne  
Drinkt mau den Kaffee dünne, hell und licht,  
Auf sechzehn Dassen e-cene Bohne.  
Er is und bleibt der Sachsen Leibgericht.  
Halb Kaffee, halb Egorje,  
Verscheit er alle Sorje.  
Der Kaffee nimmt uns alle Herzensbein,  
Ich bin ä Sachse, will ä Sachse sein.  
Nicht jeden Tag tut er so helle flieken,  
Denn werd uns och das Opfer noch so schwer,  
So nehm mer doch zu unsern Vogelschießen  
Gerchplich eene ganze Bohne mehr.  
Wastt dann ochs Blut recht siedlich,  
So bleib mer doch gemietlich,  
Auf, Bricker, taucht die Butterbemmen ein;  
Ich bin ä Sachse, will ä Sachse sein.  
Und nimmt der Deisel einst mich beim Schloßstücken  
Und trägt mich nach der hecken Felle fort,  
So trink ich schnell vom Kaffee noch ä Schnitthen,  
Denn keenen gibts an jenem dunklen Ort.  
Dort trinkt mer Schwefelblümchen  
Nur mit des Deiselmienchen,  
Aee Kaffee dort, o welche Hellenbein,  
Ich bin ä Sachse, will ä Sachse sein.

„Der Trust nahm Ihnen also Ihren Gewinn“, sagte Ernst. „Und nun versuchen Sie es mit der Politik, um den Trust mit gesetzlichen Mitteln zu vernichten und Ihren Gewinn wiederzubekommen.“

Herrn Calvins Gesicht erhellte sich.

„Genau daselbe sage ich den Bauern in meinen Ansprachen. Das ist in wenigen Worten unsere Idee.“

„Und doch produziert der Trust die Milch billiger, als die unabhängigen Molkeereien es konnten?“ forschte Ernst.

„Warum sollte er es nicht bei seiner glänzenden Organisation und den neuen maschinellen Einrichtungen, die sein großes Kapital ermöglicht?“

„Fraglos“, antwortete Ernst. „Er sollte es gewiß, und, mehr noch, er tut es.“

Jetzt holte Herr Calvin zu einem politischen Gespräch aus und setzte seine Ansichten auseinander. Ein Teil der Anwesenden sollte ihm warmen Beifall, und alle waren sich darüber einig, daß die Trusts vernichtet werden müßten.

„Armes, törichtes Volk“, sagte Ernst leise zu mir. „Soweit ihre Augen reichen, sehen sie klar, aber ihre Augen reichen nur bis zu ihrer eigenen Nasenspitze.“ Kurz darauf ergriff er wieder das Wort und behielt es in seiner charakteristischen Weise für den Rest des Abends.

„Ich habe Ihnen genau zugehört“, begann er, „und ich sehe deutlich, daß Sie in diesen geschäftlichen Fragen von Ihrem Recht überzeugt sind. Das Leben summiert sich bei Ihnen zu Profiten. Sie haben den festen, festen Glauben, daß Sie nur erschaffen wurden, um Profite zu machen. Nur daß die Sache einen Haken hat. Mitten in Ihrem Profitemachen kommt der Trust und nimmt Ihnen die Profite weg. Das ist das Dilemma, das irgendwie dem Zweck der Schöpfung widerspricht, und so erscheint es Ihnen als einziger Ausweg, den zu vernichten, der die Profite wegknappt.“

Ich habe Ihnen genau zugehört und kann nur einen Namen finden, der Sie kennzeichnet. Ich will Ihnen diesen Namen nennen, Sie sind Maschinenstürmer. Wissen Sie, was ein Maschinenstürmer ist? Hören Sie zu. Im 18. Jahrhundert webten in England Männer und Frauen in ihren eigenen Hütten auf Handwebstühlen Stoffe. Dieses System der Heimarbeit war langweilig, schwerfällig und kostspielig. Dann kam die Dampfmaschine mit ihrer Ersparnis. Tausend Webstühle wurden in einer großen Fabrik aufgestellt und von einer Zentraldampfmaschine in Gang gesetzt. So konnte der Stoff billiger hergestellt werden als von den Heimarbeitern auf ihren Handwebstühlen. Die Fabrik war ihnen im Herstellungsprozeß überlegen, und die Konkurrenz schied aus. Die Männer und Frauen, die bisher ihre Handweberei für eigene Rechnung betrieben hatten, mußten jetzt in die Fabrik gehen und an den Maschinenwebstühlen arbeiten, und zwar zum Nutzen der Kapitalisten. Ja, mehr noch, in diesen Fabriken arbeiteten zu niedrigen Löhnen auch kleine Kinder. Viele Männer wurden dadurch arbeitslos, und es kamen bittere Zeiten für sie. Ihre Lebenshaltung verschlechterte sich. Sie hungerten, und sie sagten, daß die Maschine an allem schuld sei. Deshalb versuchten sie, die Maschine zu stürmen und zu zerstören. Sie hatten kein Glück damit; ihre Einfalt hielt die wirtschaftliche Entwicklung nicht auf. Sie, meine Herren, haben nichts von ihnen gelernt. Jetzt, anderthalb Jahrhunderte später, wollen Sie ebenfalls die Maschine stürmen. Ihrer eigenen Ansicht nach arbeiten die Trusts schneller und billiger, und deshalb können Sie nicht mit ihnen konkurrieren. Und nun möchten Sie diese überlegenen Maschinen stürmen. Der Unterschied zwischen Ihnen und den naiven Arbeitern damals in England ist, daß Sie noch unwissender sind. Während Sie von der Wiederherstellung des freien Wettbewerbs reden, erdrücken die Trusts Sie völlig.

(Fortsetzung folgt.)



## Polizeistrafen gegen Arbeitgeber zur Erzwingung von Betriebsratswahlen

Nach dem Betriebsrätegesetz ist die Wahl der Betriebsräte und Betriebsobleute von der Bestellung des Wahlvorstandes abhängig. Wo eine Betriebsvertretung bereits besteht, soll diese spätestens vier Wochen vor Ablauf ihrer Wahlzeit den Wahlvorstand bestellen. Eine Unterlassung durch die Betriebsvertretung hat jedoch keine strafrechtlichen Folgen. In diesem Falle ist vielmehr der Arbeitgeber zur Bestellung verpflichtet. Dieser ist außerdem dann ausschließlich zur Bestellung verpflichtet, wenn ein Betrieb neu errichtet wird oder wenn die für die Errichtung des Betriebsrates oder Betriebsobmannes vorgeschriebene Mindestzahl von Arbeitnehmern erreicht wird. Diese Verpflichtung liegt ihm ob, wenn wegen Beendigung der Arbeitsverträge, vor allem im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Kämpfen, die nicht zur Wiedereinstellung und zum rückwirkenden Wiederaufleben der Arbeitsverträge führen, eine Neuwahl der Betriebsvertretung notwendig ist. Die Arbeitgeber unterlassen es jedoch sehr häufig, ihren Verpflichtungen zur Bestellung des Wahlvorstandes nachzukommen, weil sie lieber sehen, daß der Betrieb keine Betriebsvertretung hat. Die Unterlassung des Arbeitgebers ist nach § 99 BRG strafbar. Sie können mit Geldstrafe bis zu 2000 Mk. oder Haft belegt werden. Strafbar macht sich nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch sein Vertreter.

Obwohl das Betriebsrätegesetz bereits acht Jahre besteht, ist jedoch noch kein Fall bekanntgeworden, in dem ein Staatsanwalt oder ein Gericht einen Arbeitgeber wegen Nichtbestellung des Wahlvorstandes bestraft hätte. Dahingehende Anträge wurden mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß nur die Betriebsvertretungen zur Stellung des Strafantrages berechtigt seien. Eine solche war jedoch regelmäßig in diesem Falle im Betrieb nicht vorhanden. Handelte es sich doch darum, daß der Arbeitgeber durch Bestellung eines Wahlvorstandes erst die Voraussetzung für die Ausübung der Wahl schaffen sollte. Ein Recht der Belegschaft zur Bestellung des Wahlvorstandes an Stelle des Arbeitgebers wurde bisher mangels entsprechender Gesetzesvorschrift von den Gerichten verneint. Schadenersatzklagen gegen Arbeitgeber wurden im allgemeinen ebenfalls abgewiesen, von den Gewerkschaften auch nicht befürwortet. Auf Veranlassung des ADGB wurde daher im Reichstage beantragt, das Betriebsrätegesetz u. a. dahin zu ändern, daß der Wahlvorstand auch durch die Belegschaft bestellt werden könne. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Inzwischen hat der Polizeipräsident von Berlin sowie der preußische Minister des Innern und der für Handel und Gewerbe erkannt, daß ein Arbeitgeber, der gegen die §§ 1 und 23 BRG verstößt, eine öffentlich-rechtliche Pflicht verletzt und dadurch einen ungefählichen Zustand schafft, für dessen Beseitigung zu sorgen Aufgabe der Landesbehörden sei.

Der Polizeipräsident von Berlin hat demgemäß gegen einen Arbeitgeber wegen Nichtbestellung des Wahlvorstandes eine Geldstrafe von 500 Mk. festgesetzt, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Haft von 14 Tagen tritt, sofern seiner Aufforderung zur Bestellung des Wahlvorstandes nicht innerhalb einer von ihm gesetzten Frist nachgekommen werde. Diese Strafanordnung hat folgenden Wortlaut:

Der Polizeipräsident.  
(Abteilung II.)

Berlin, den 22. Juli 1927.

Auf Grund der §§ 1 und 23 Abs. 2 und 3 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 (RGBl. S. 147) sind Sie zur Bestellung eines aus den drei ältesten wahlberechtigten Arbeitnehmern bestehenden Wahlvorstandes verpflichtet, um die Errichtung einer Betriebsvertretung zu ermöglichen. — Die wiederholten behördlichen Aufforderungen, Sie auf gültigem Wege zur Erfüllung Ihrer Verpflichtung zu veranlassen, sind bisher erfolglos geblieben. — Zur Beseitigung des geschilderten Zustandes, der aus Ihrer Weigerung entsteht, ordne ich hiermit auf Grund des

Artikels 14 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 (RGBl. S. 1383) und des § 132 Abs. 1 Ziff. 24 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (GS. S. 195) und Artikel 111 der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 (RGBl. I S. 44) folgendes an: „Innerhalb zwei Wochen nach Zustellung dieser Anordnung ist der gemäß § 23 Abs. 2 und 3 des Betriebsrätegesetzes vorgeschriebene Wahlvorstand aus den drei ältesten wahlberechtigten Arbeitnehmern Ihres Betriebes von Ihnen zu bestellen.“

Erfolgt die Bestellung des Wahlvorstandes durch Sie in der gesetzten Frist nicht, so werde ich eine Geldstrafe von 500 RM. (Hundert Reichsmark) gegen Sie festsetzen und im Zwangswege einziehen lassen. Im Falle des Unvermögens tritt an die Stelle der Geldstrafe eine Haft von 14 Tagen.“

Gegen diese Verfügung wurde vom Arbeitgeber Beschwerde beim preußischen Minister für Handel und Gewerbe erhoben. Dieser wies dieselbe jedoch mit folgendem endgültigen Bescheid zurück:

Der Minister für Handel  
und Gewerbe.

Berlin W9, den 21. Sept. 1927.

Ihre am 30. Juli d. J. an den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin gerichtete, an mich auf Grund des § 133 Abs. 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (GS. S. 195) zuständigkeitshalber weitergereichte Beschwerde gegen die Anordnung des Herrn Polizeipräsidenten zu Berlin vom 22. Juli 1927 — Nr. 479 I G. A. 27 — weise ich hiermit nach Prüfung als unbegründet zurück. — Ihre Beschwerde richtet sich dagegen, daß als Rechtsgrundlage für die Anordnung der Artikel 14 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. 8. 1919 (RGBl. S. 1383) herangezogen worden ist. Es wird von Ihnen der Einwand erhoben, im vorliegenden Falle gewähre der Artikel 14 der Reichsverfassung dem Herrn Polizeipräsidenten keine Ermächtigung zu der Anordnung, weil die in Betracht kommenden Bestimmungen bereits in den §§ 95 ff., insbesondere in § 99 des BRG, enthalten seien. Dieser Einwand ist unzutreffend. Die §§ 95 ff. enthalten nur Strafbestimmungen. Infolge Ihrer Weigerung, Ihrer öffentlich-rechtlichen Verpflichtung aus dem § 1 in Verbindung mit § 23 Abs. 2 und 3 des BRG. nachzukommen, besteht ein gesetzwidriger Zustand, der zwar nach den von Ihnen angezogenen §§ 95 ff. des BRG. nicht den Tatbestand einer strafbaren Handlung darstellt, dessen Beseitigung aber Recht und Pflicht der Landesbehörden ist. — Gemäß Artikel 14 der Reichsverfassung werden die Reichsgesetze durch die Landesbehörden ausgeführt, soweit nicht die Reichsgesetze etwas anderes bestimmen. Da ein abweichendes Reichsgesetz nicht besteht und auch besondere Ausführungsbestimmungen des Reiches auf Grund des § 101 BRG. nicht erlassen sind, haben die nach der allgemeinen Verwaltungsorganisation der Länder für Angelegenheiten des BRG. zuständigen Landesbehörden (Landesverwaltungsbehörden), für Berlin: der Polizeipräsident, die Ausführung dieses Gesetzes zu überwachen und gegebenenfalls mit den gesetzlichen Zwangsmitteln auch durchzusetzen, daß der zwingenden Bestimmung des § 1 des BRG. Geltung verschafft wird. — Dieser Bescheid ist endgültig.

Der Minister für Handel  
und Gewerbe.

Der Minister des Innern.  
J. A. gez.: Steinbrecher.

J. A. gez.: von Meyeren.

Im Anschluß hieran haben der preußische Minister des Innern und der Minister für Handel und Gewerbe einen gemeinsamen Rundschreiben an die Regierungspräsidenten und Oberbergämter sowie an die Gewerbeaufsichts- und Bergrevierbeamten ergehen lassen, in dem sie die vorstehende Verfügung sowie den ministeriellen Bescheid zur Beachtung empfehlen (Rundschreiben der preußischen Minister für Handel und Gewerbe und des Innern vom 17. 11. 1927 Nr. III 10 954, I 8204, M. f. H. Ic 2752 M. d. J.).

Das Vorgehen dieser Behörden ist zu begrüßen. Es wird hoffentlich seine Wirkung auf die Arbeitgeber nicht verfehlen. Nach unserer Kenntnis beilegen sich die Arbeitgeberverbände nunmehr, ihren Mitgliedern die Bestellung des Wahlvorstandes zu empfehlen. Der Grund hierfür liegt nahe. So schreibt z. B. die „Zeitschrift für Arbeitgeberfragen“ in Nr. 24

vom 15. Dez. 1927 (Mitteilungen des ostpreuß. Arbeitgeberverbandes für Handel, Industrie und Gewerbe):

„Man wird damit rechnen müssen, daß in Auswirkung dieses Runderlasses in nächster Zeit in großem Umfange die Arbeitgeber, in deren Betriebe keine Betriebsräte vorhanden sind, mit Verwaltungspolizeilichen Strafordrungen zur Bestellung eines Wahlvorstandes aufgefordert werden.“

Damit wird zugegeben, daß in „großem Umfange“ keine Betriebsräte vorhanden sind und durch Verschulden der Arbeitgeber ein ungesetzlicher Zustand besteht. Weiterhin bezeichnet das Blatt selbst „die Anwendung des § 14 der Reichsverfassung als einen Ausweg“, allerdings mit dem Hinzufügen, daß derselbe „nicht ganz unbedenklich“ sei. Der Runderlaß hätte sogar „ein Gutes“, er liefere nämlich ein neues Argument gegen den Unfug der Schadenersatzklagen entlassener Arbeitnehmer aus § 23 BRG., weil nun ein konkurrierendes Verschulden des Arbeitnehmers beim Fehlen einer Betriebsvertretung nicht mehr zu bestreiten sei.

Wir haben nichts dagegen, wenn unsere Freude über den Erlaß der preußischen Behörden auf der Gegenseite geteilt wird. Allerdings sehen wir in diesem Erlaß keine endgültige Lösung, sondern nur einen Notbehelf, der allerdings in allen erforderlichen Fällen unbedingt angewandt werden muß. Auch die Polizeibehörden sowie die zuständigen Ministerien anderer deutscher Länder müßten dazu veranlaßt werden, dem Beispiel der preußischen Polizei- und Ministerialbehörden zu folgen. Hoffentlich trägt das Vorgehen der preußischen Behörden aber auch dazu bei, die in Betracht kommenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes entsprechend den Wünschen der Gewerkschaften dahin zu ändern, daß auch die Belegschaft selbst ein ausdrückliches Recht zur Bestellung des Wahlvorstandes erhält. R. W.

## Die GEG. übernimmt die größte Fleischwarenfabrik Europas

Die Stärke des Privatkapitals bei der Gütererzeugung und Warenverteilung, den beiden Armen der Volkswirtschaft, ist vollkommen abhängig vom Verbrauch. Die Kundschaft entscheidet darüber, ob das in Industrie- und Handelsunternehmungen hineingesteckte — „investierte“ — Kapital sich rentiert oder nicht. Es können Millionen und Milliarden in solchen Unternehmungen stecken, sie können unaufhaltsam Güter erzeugen, die Märkte überschwemmen — das Kapital ist tot, wenn der Verbraucher die Ware liegen läßt. Sei es, daß er sie nicht konsumieren kann, weil Einkommen und Kaufkraft fehlen, sei es, daß er nicht will, weil er konsumgenossenschaftlich organisiert ist und seinen Bedarf aus seinen eigenen Unternehmungen decken kann.

Man sieht also ohne weiteres, daß der entscheidende Punkt in der Volkswirtschaft nicht das Kapital, sondern der Verbraucher ist. Die Kundschaft ist der Arbeit- und Brotgeber für Industrie und Handel und es bedarf nur einer noch stärkeren, umfassenderen Organisation der Verbrauchermassen und ihrer Einsicht in die tatsächliche Machtposition, um den ganz falschen Begriff, als ob das Privatkapital der Stärkere in der Volkswirtschaft wäre, allmählich gründlich zu beseitigen.

Die Konsumgenossenschaften beweisen diese längst Praxis gewordene Theorie durch ihre Wirtschaftsunternehmungen, die sowohl in die Produktion wie in die Warenverteilung eingreifen, und zwar mit dem Erfolg, daß ihre Mitglieder, also organisierte Kundschaft, in weitem Umfange als Verbraucher unabhängig sind vom Privatkapital. Man weiß dies allgemein, aber es fehlt noch die rechte Erkenntnis und die richtige Würdigung dieser für eine neue Wirtschaftsform so fundamentale Tatsache.

Es möge deshalb ein geradezu klassisches Beispiel aus neuester Zeit zeigen, wie ohnmächtig im gegebenen Falle das Kapital ist, wie entscheidend der — Verbrauch, das heißt der genossenschaftlich organisierte Verbrauch. Die wohl allgemein bekannte Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg (GEG.) — im Besitz von zirka 1100 Konsumgenossenschaften mit 3 Millionen Mitgliedern — erwarb am 1. Dezember 1927 die modernst eingerichtete und zugleich größte Fleischwarenfabrik nicht nur Deutschlands, sondern Europas, von einer Aktiengesellschaft in Oldenburg. Ein Unternehmen, das an Umfang und Raffi-

nement der Technik nur amerikanische Vorbilder besitzt. In das Unternehmen, das vor wenigen Jahren erst errichtet wurde, waren 10 Millionen Mark hineingesteckt. Aber es rentierte nicht, weil die Kundschaft fehlte. Da aus gleichen Gründen sich andere Unternehmer an den kapitalfressenden Moloch nicht heranwagten, so kaufte es die GEG. mit 2½ Millionen Mark, wobei also die Aktionäre 7½ Millionen „verspielten“. Es war eine hohe Risikoprämie.

Diese Risikoprämie steht nun für die Großeinkaufsgesellschaft nicht auf dem Spiel. Denn hinter ihr stehen 1100 Konsumgenossenschaften mit rund 3 Millionen Mitgliedern, die als genossenschaftlich organisierte Verbraucher ein ganz anderes Interesse an ihrem eigenen Unternehmen besitzen als — vorher. Sie waren also die Stärkeren. Denn die Aktiengesellschaft hatte wohl Kapital, aber keinen sicheren Markt, während die Konsumgenossenschaften bzw. ihre Großeinkaufsgesellschaft beides besitzt und daher keine Risikoprämie zu bezahlen haben wird.

Dies Exempel ist eines der lehrreichsten aus der Geschichte der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Handelt es sich doch bei diesem Besitzwechsel um ein Unternehmen, das 1500 Personen Brot und Arbeit gibt, in dem täglich 1500 Schweine und 100 Rinder aus eigener Mast geschlachtet und als Frischfleisch oder zu Würst verarbeitet werden können mit einem Jahreswert von zirka 90 bis 100 Millionen Mark! Die Großeinkaufsgesellschaft, die mit einem seitherigen Jahresumsatz von 350 bis 400 Millionen Mark sowieso schon das größte Handelsunternehmen Deutschlands in ihrer Art darstellt, hat sich also ein geradezu gigantisches Werk angegliedert, wobei aber nicht das Kapital den entscheidenden Faktor bildet — denn davon besaß die Aktiengesellschaft mehr als die GEG. — sondern der Verbraucher. Selbstverständlich der konsumgenossenschaftlich organisierte Verbraucher. Eine wichtige Sache. ff.

## Unsere Lohnbewegung im Wirtschaftsbezirk Rheinland

Unsere Arbeitgeber sind recht eigenartige Leute. Auch sie stehen anscheinend auf dem Standpunkte: Wenn zwei das selbe tun, so ist es nicht das selbe. Nachdem man uns eine einmalige Beihilfe mehrere Male abgelehnt hatte, unterbreiteten wir dem Arbeitgeberverband unter dem 23. November 1927 nachstehendes Schreiben:

„Dem Beschlusse einer am 20. November 1927 stattgefundenen Konferenz der Lohn- und Tarifkommission der Gemeindefürsorge folgend, flandigen wir ordnungsgemäß den bestehenden Lohnsatz zu dem ersten zulässigen Termin. Zum Abschluß eines neuen Lohnsatzes unterbreiten wir Ihnen folgende Anträge:

1. Die gegenwärtigen Löhne werden in allen Gruppen und Ortsklassen um 15 Pf. pro Stunde erhöht. — 2. Die Ziffer 9 des Lohnsatzvertrages wird gestrichen.

Die Begründung der Anträge erfolgt durch die Unterzeichneten in der Verhandlung. Die Verhandlung eröfneten wir am Mittwoch, den 7. Dezember, vormittags, oder Freitag, den 9. Dezember, vormittags, anzufragen. Bedauerlicherweise sind schon seit Jahren neue Löhne durch freie Vereinbarung nicht mehr zustande gekommen. In fast allen Fällen mußte die Schiedsstelle entscheiden. Nach der Einstellung und der sich herausgebildeten Gesinnung des Arbeitgeberverbandes ist deshalb anzunehmen, daß auch diesmal eine Einigung durch freie Vereinbarung nicht zu erzielen ist. Wir eröfneten deshalb schon jetzt, die Bezirkschiedsstelle für den Nachmittag des Verhandlungstages zu befragen. Die Vertreter der Arbeitgeber sowie die der Arbeitnehmer sind ja an und für sich am Abgange, es kann sich also nur noch um die Bestellung des unparteiischen Vorsitzenden handeln, um dessen Bestellung wir also eröfneten.“

Aus bestimmten Gründen mußten die Arbeitnehmerverbände Wert darauf legen, daß die zur Erledigung dieser Lohnbewegung notwendigen Verhandlungen vor dem 31. Dezember beendet waren. Aus diesem Grunde wurde die Sitzung der Bezirkschiedsstelle am Verhandlungstage beantragt.

Die Verhandlung fand bereits am 6. Dezember statt. Ehe in diese eingetreten werden konnte, glaubte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes den Arbeitnehmervertretern Anstandslehren erteilen zu müssen. Die Worte: „Nach der Einstellung und der sich herausgebildeten Gesinnung des Arbeitgeberverbandes“ hatten bei ihm Anstoß erregt. Dabei beruht die zitierte Bemerkung auf Tatsachen. Auf Grund dieser Tatsachen mußten wir Wert darauf legen, daß am gleichen Tage die Bezirkschiedsstelle tagte. Dieser Antrag hatte es den Arbeitgebern besonders angetan. Kollege Heinz konnte aber nachweisen, daß sich die



Arbeitnehmer in dieser Hinsicht in guter Gesellschaft befinden, denn der Reichsarbeitgeberverband hat es schon seit Jahren genau so gemacht, nur mit dem Unterschied, daß wir die Arbeitgeber von unserem Vorhaben vorher benachrichtigt haben, während der Reichsarbeitgeberverband den Schlichter bestellt hatte, ohne die Arbeitnehmer vorher davon zu benachrichtigen.

In der nun folgenden Verhandlung machten die Arbeitgeber unter Hinweis auf die Bezirkschiedsstelle, die am Nachmittag zusammentrat, überhaupt kein Angebot. Nach dreistündiger Verhandlung wurde abends gegen 7 Uhr ein Spruch gefällt, der in der Lohngruppe I 8 Pf., in Lohngruppe II 7 Pf., in III und IV 6 Pf., für Frauen 5 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde vorsah. Die Streichung der Ziffer 9 des Lohntarifvertrages wurde abgelehnt. Die Urabstimmung am 13. Dezember entschied für Annahme des Schiedsspruches. Damit betragen die Stundenlöhne für die über 21 Jahre alten Gemeindegewerksarbeiter ab 1. Januar 1928:

Lohngruppe	Sonderklasse Pf.	I Pf.	Ortsklasse II Pf.	III Pf.
I.	94	93	83	78
II.	85	83	75	70
III.	81	79	70	64
IV.	78	76	67	61
V. (Frauen)	57	56	50	47

Hausstandsgeld 24 Pf. für den Arbeitstag  
Kindergeld 24 " " " " und das Kind

1. Jugendliche ungelernte Arbeiter

19 Jahre	62	61	54	49
18 "	51	49	44	40
17 "	43	42	37	34
16 "	39	38	34	31
15 "	31	30	27	24
14 "	24	23	20	18

2. Jugendliche Handwerker

19 "	75	74	66	62
18 "	61	60	54	51
17 "	52	51	46	43

Inzwischen sind nun auch die Löhne für die kommunalen Straßenbahnen geregelt. Die Bezirkschiedsstelle verkündete am 23. Dezember einen Schiedsspruch. Danach erhöhen sich die Stundenlöhne für die Führer um 8 Pf., für die Schaffner um 7 Pf. Hausstandsgeld und Kindergeld wird auch für die 9 Arbeitsstunden gezahlt. Die Löhne gestalten sich ab 1. Januar 1928 wie folgt:

a) für den Schaffner: bei der Einstellung 82 Pf. die Stunde, nach 3 Monaten 83 Pf. die Stunde, nach 6 Monaten 84 Pf. die Stunde, nach 12 Monaten 85 Pf. die Stunde. — b) die Fahrer erhalten eine Zulage von 7 Pf. pro Stunde.

Ueber den Erfolg der Bewegungen kann man geteilter Meinung sein. Vor allem kann nicht befriedigen die unterschiedliche Lohnausbesserung für die Gemeindegewerksarbeiter. Die Lohnerhöhung als solche muß als unzureichend bezeichnet werden. Durch den Druck der Schwerindustrie und der Schlichtungsinstanzen sind nicht nur die Löhne der Gemeindegewerksarbeiter, sondern auch die der Reichs- und Staatsarbeiter im Verhältnis zur Preisgestaltung arg zurückgeblieben. Die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter spielten auch eine erhebliche Rolle bei den Lohnverhandlungen der Gemeinden. Hier ist die Frage aufzuwerfen, wie sich Reich und Staat die Erfüllung des Artikels 151 der Reichsverfassung vorstellen; denn die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter wachsen sich im Westen Deutschlands zu einer Gefahr für die gesamte arbeitende Klasse aus. Auf Grund der Reichs- und Staatsarbeiterlöhne glaubt der Arbeitgeberverband zunächst einer Lohnerhöhung überhaupt nicht zustimmen zu sollen. Wenn es trotzdem gelungen ist, zu den obengenannten Abhängigkeiten zu kommen, so kann man dies als einen Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit buchen. Daran ändert auch nichts der Umstand, daß die Lohnabschlüsse und die Gewerkschaften von gewisser Seite durch die Gasse gezogen werden. Die Leute müssen jede Gewerkschaftsarbeit verkleinern und beschmugen, weil es so von Moskau befohlen wird. Daß man damit den Arbeitgeberverband stärkt, die eigene Organisation schwächt, scheint diesen Leuten nicht zum Bewußtsein zu kommen.

Der Organisation die Beiträge zu sperren, gehörte auch einmal in Baden zu den Mitteln der Unentwegten, um die Aktionskraft der Gewerkschaft zu schwächen. Man sollte fast meinen, daß diese Mitglieder im Auftrage des Arbeitgeber-

verbandes handelten; daß sie ihre Aufgabe darin sehen, die Stosskraft der organisierten Arbeiter bei jeder Lohnbewegung zu schwächen. Mit solchen Maßnahmen kann man nur den Arbeitgebern dienen, die eignen Klassenossen, die eignen Kollegen nur benachteiligen.

Es helfen keine radikalen Phrasen, hier hilft nur Mitarbeit bei den gewerkschaftlichen Arbeiten. Parteiparolen haben bei Lohnkämpfen unter allen Umständen auszuscheiden. Nicht eine politische Partei, sondern die Gewerkschaft führt die Lohnbewegungen. Nur kühles, nüchternes Überlegen und Handeln kann uns zum Erfolge führen. Nur einiges und geschlossenes Handeln führt uns zum Ziel.

h.

## Wirtschaftsbeihilfe, Achtstunden-tag und Lohnausgleich in Baden

Auch in Baden wurde die Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe im November beantragt, vom Arbeitgeberverband badischer Gemeinden jedoch abgelehnt, auch Verhandlungen hierüber lehnte er glatt ab. Ein zweiter Antrag, dem eine ausführliche Begründung beigegeben war, in der nachgewiesen wurde, daß die Gemeindegewerksarbeiterlöhne noch weit hinter der an sich verbesserungsbedürftigen Beamtenbesoldung zurückstehen, erfuhr dasselbe Schicksal, auch er wurde ohne Verhandlungen abgelehnt. Im Provokieren und in der Zurückweisung von Arbeiteranträgen läßt sich der badische Arbeitgeberverband von niemand übertreffen.

Gleichzeitig war anfangs Dezember von uns der Abschluß einer Vereinbarung über die Einführung der 48-Stunden-Woche, der Regelung der Schichtarbeit und der Vereinbarung eines Lohnausgleichs beantragt worden. Auch darüber lehnte der Arbeitgeberverband Verhandlungen ab. Die Rechtslage sei vielmehr so, schrieb er, daß die Einführung der 48-Stunden-Woche im Lohnarbeitsbeschluss sei, eine Vereinbarung hierüber falle nicht nötig. Für einen Lohnausgleich sei eine rechtliche Verpflichtung für ihn nicht gegeben, also könnten auch keine Verhandlungen hierüber stattfinden. Falls aber unsererseits diese Rechtslage anerkannt würde, sei er bereit, in eine „Ausprache“ über die Gewährung eines Ausgleichs einzutreten. Würde diese „Rechtslage“ jedoch von uns nicht anerkannt, so würde eben kein Ausgleich stattfinden. Die Anerkennung dieser Rechtslage, welche den Verzicht auf die Anrufung der Bezirkschiedsstelle von vornherein bedeutet hätte, wurde von uns abgelehnt, dagegen vorgeschlagen, die Rechtslage in der Ausprache selbst zu behandeln, das lehnte der Arbeitgeberverband ab. Er war nur bereit, die Ausprache stattfinden zu lassen, da für ihn keine Veranlassung vorliege, vor einer Schiedsstelle zu erscheinen, er sich auch in diesem Falle nicht von einer Schiedsstelle zwingen lassen brauche. Auch als Einigungsinstanz, wie wir vorschlugen, lehnte er die Schiedsstelle ab. Da unter diesen Umständen keine Aussicht bestand, eine Schiedsstelle zusammenzubringen, oder von einer solchen einen brauchbaren Einigungsvorschlag zu erhalten, von einem Schiedsspruch ganz zu schweigen, so wurde unsererseits auf die Anrufung der Schiedsstellen verzichtet.

Während der Ausprache am 19. Dezember hat dann der Arbeitgeberverband die wahre Absicht enthüllt. Wir hatten als Ausgleich einen Zuschlag auf den Ecklohn von 2 Pf. pro ausfallende Arbeitsstunde, also insgesamt 6 Pf. beantragt. Der Arbeitgeberverband bot an, einen Pauschalausgleich zu zahlen, berechnet mit etwa 3 Pf. auf den Ecklohn, so daß also die an- und ungelernten Arbeiter, die Arbeiterinnen, die Alters- und Ortsklassen nach dem Schlüssel abgestuft würden. Den Wortlaut „pro ausfallende Arbeitsstunde“ legte der Arbeitgeberverband dahin aus, daß die Orte, welche bisher schon 48 Stunden als Kurzarbeit gearbeitet hatten, damit sie 1924 die Erhöhung auf 51 Stunden nicht mitzumachen brauchten, den Ausgleich nicht erhalten sollten, da ja dort tatsächlich ein Lohnverlust nicht eintrete. Daß diese Städte schon jahrelang die Arbeit von 51 Stunden in 48 Stunden gemacht bekommen und dadurch schon jahrelang Ersparnisse hatten, davon will der Arbeitgeberverband nichts wissen. Selbstverständlich mußten wir auf einem vollen Ausgleich bestehen, um so mehr, als auch der Arbeitgeberverband die Tatsache einer ganz gewaltigen Rationalisierung der Betriebe und dadurch eine erhebliche Mehrleistung der Gemeindegewerksarbeiter nicht in Abrede stellen kann und selbst die Betriebsvorstände zumeist berichten, daß durch die Einführung der 48-Stunden-Woche wenig oder keine Arbeiter notwendig werden. Aber der Arbeitgeberverband nützte die „Rechtslage“ aus. Nachdem er sich unseren Gründen nicht entziehen konnte,

aber unsere Anträge auf vollen Ausgleich, und zwar in Form einer laufenden Erhöhung des Einkommens nicht zustimmen wollte, erklärte er einfach, es werde ein Ausgleich von 9 Mk. pro ausfallende Stunde, also bei drei Stunden 27 Mk. Pauschale für die Monate Januar, Februar und März gegeben. Das Lohnabkommen laufe ja am 1. April ab, eine laufende Erhöhung des Einkommens könne nicht vor diesem Termin erfolgen. Er schob also den Kampf um den Ausgleich bewußt auf die Lohnverhandlungen im März-April hinaus, obgleich diese Verhandlungen durch die Verteuerung der Lebenshaltung jetzt schon genügend belastet sind. Da der Arbeitgeberverband erklärte, daß dieser Beschluß einstimmig und unabänderlich sei, hatte eine weitere Aussprache keinen Zweck mehr, nachdem auch unsererseits gegen dieses Vorgehen protestiert und auf die ganz gewaltige Zuspitzung der Verhältnisse hingewiesen worden war, welche die Verhandlungen im Frühjahr durch diesen Beschluß des Arbeitgeberverbandes erleiden werden. So eilig hatte es der Arbeitgeberverband, seinen Diktat-spruch zu verkünden, daß er sich sogar darüber nicht klar war, daß die Handwerker zu der Pauschale von 27 Mk., wenn nach dem Schlüssel abgestuft wird, gerechterweise auch die 10 Proz. Handwerkerzulage erhalten müssen. Nachträglich erscheint ihm dies zum Bewußtsein gekommen zu sein, ebenso, daß Mannheim unter Berücksichtigung seiner Ortszulage etwas mehr erhalten müßte. In-folgedessen hat er nachträglich beschlossen, daß zu der Pauschale von 27 Mk. noch die 10 Proz. Handwerkerzulage gegeben werden und für Mannheim die Pauschale 30 Mk., für Handwerker 33 Mk. beträgt.

Die Einkommenspauschale beträgt nun in Mannheim 30 Mk., Ortsklasse A 27 Mk., Ortsklasse B 25 Mk., Ortsklasse C und D 23 Mk. Der Verlust für die 39 ausfallenden Arbeitsstunden im Januar bis März ergibt einschließlich des Verlustes der 15 Proz. Mehrarbeitszulage, aber ohne den Verlust der Frauen- und Kinderzulagen in Mannheim 43 Mk., Ortsklasse A 40 Mk., Ortsklasse B 36 Mk., Ortsklasse C und D 33 Mk., so daß die Pauschale etwa 70 Proz. des Lohnverlustes deckt. Die badischen Gemeindearbeiter müssen also einen Lohnverlust von 30 Proz. der Arbeitszeitverkürzung tragen, trotz ihrer Mehrleistungen, trotz der Einsparungen, welche die Städte machen und das gerade zu der Zeit, zu welcher die Städte ihren Bürger- und Oberbürgermeistern, ihren Bau- und Oberbauverwaltern und Direktoren Gehaltszuwendungen von vielen Tausenden machen werden. Mögen die badischen Gemeindearbeiter die Lehre daraus ziehen, daß sie im Frühjahr gerüstet sein müssen, wenn sie einem moralisch und körperlichen Gegner gegenüberstehen. Eine Schmach und eine Schande aber ist dieses Vorgehen des Arbeitgeberverbandes für die Verwaltungen derjenigen Städte, welche bisher sich immer noch mit einem Schein von sozialer Einsicht umgeben haben und auf ein früheres gutes Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und Arbeiterkraft hinweisen konnten. Unter der Führung dieses Arbeitgeberverbandes wird den badischen Gemeindearbeitern der nötige Klassenstandpunkt vollends eingepaukt werden.

## Aus der Spruchpraxis

Mehrarbeitszuschlag für die Monteurs im städt. Gaswerk Heilbronn. Auf Grund des § 6a Abs. 3 des Arbeitszeitgesetzes vom 14. April 1927 traf der Schlichter für Württemberg-Hohenzollern am 14. November 1927 folgende bindende Entscheidung:

„Die Arbeit der Monteurs des städtischen Gaswerks Heilbronn, die in der Früh- und Abendkontrolle der Gasbeleuchtung in den Straßen Heilbronn besteht, fällt nicht unter die in § 4 Ziff. 1 des Arbeitszeitgesetzes aufgeführten, bei Überarbeit nicht zuschlagspflichtigen „Arbeiten zur Bedienung von Betriebsanlagen, zur Reinigung und Instandhaltung, durch die der regelmäßige Fortgang des Betriebes bedingt ist.“

Die Überwachungsstätigkeit der fraglichen Monteurs hat den Zweck, Störungen in der Straßenbeleuchtung alsbald festzustellen und wenn möglich, sofort zu beheben. Arbeiten zur Bedienung der Betriebsanlagen sind z. B. der Dienst der Wächter, Vibrator, einer Feuerwaage usw. Die Überwachungsstätigkeit der Monteurs des Gaswerks ist keine solche Tätigkeit. Sie ist aber auch keine Tätigkeit zur Instandhaltung des Betriebes: das Gaswerk Heilbronn ist in seinem Fortgang keineswegs gefährdet, auch wenn in der Beleuchtung der Straßen eine Störung eintritt. Die Überwachungsstätigkeit der Monteurs bedeutet vielmehr eine dem ordentlichen Betrieb des Gaswerks zugehörige Arbeit, die der Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeberverband württembergischer Gemeinden und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter vom 29. Juni 1927 unterfällt, soweit diese Überwachung außerhalb der achtstündigen regelmäßigen Arbeitszeit ausgedehnt wird: sie ist insoweit zuschlagspflichtig gemäß Ziff. 3 der genannten Vereinbarung.“

## Landstraßenwärter

Wolmirstedt. In einer gutbesuchten Betriebsversammlung der Kreisstraßenwärter am 17. Dezember referierte Gauleiter Wach-tendorf über die Organisierung der Straßenwärter. Im Februar soll ein Baufilm gezeigt werden, Ferner sprach Kollege Wachtendorf über die Lohnverhandlungen. Es ließ sich nur eine Beihilfe zu Weihnachten erreichen. Dann wurde über Ruhe-lohn-fragen debattiert, die noch besser ausgebaut werden müssen. Danach hielt Gärtnermeister Markwardt einen Vortrag über Obstbaumpflanzung und seine Pflege. Auch wurde ein Lichtbildervortrag der Firma Teller, Magdeburg, über Schädlingsbekämpfung gehalten.

## Aus unserer Bewegung

Wirtschaftsbezirk Hamburg-Niederelbe-Lübeck. Die bisherige Gleichstellung der Lohnsätze Berlin — Hamburg wurde durch eine zwischentarifliche Regelung (Erhöhung der Berliner Lohnsätze ab 1. November 1927 um 5 Pf. für die Stunde) gestört. Hamburg-Niederelbe war bei der Regelung seiner Löhne im September 1927 durch die im Jahresdurchschnitt nur 8 Pf. die Stunde betragende Erhöhung der Berliner Lohnsätze gehindert, über diese hinwegzukommen. Die oben erwähnte Berliner Regelung mußte also eine Ausgleichsregelung in Hamburg zur Folge haben, sollte Hamburg nicht trotz gleicher Lebensverhältnisse hinter Berlin im Lohn zurückbleiben. Diese Nachregelung ist nunmehr erfolgt. Im Wirtschaftsbezirk Hamburg-Niederelbe werden die Lohnsätze ab 20. November um 3 Pf. für die Stunde für alle männlichen und weiblichen Arbeiter über 18 Jahre erhöht. Unter 18 Jahre alte Arbeiter erhalten 2 Pf. Die Erhöhung der Löhne wird durch die Handwerkerzuschulage angerechnet, so daß sich die Spanne zwischen dem Lohn des ungelerten und dem des gelernten Arbeiters um 3 Pf. vermindert. Die Gesamtlohnserhöhung beträgt für das Jahr 1927 (Bindung bis 31. März 1928) nunmehr außer der einmaligen Zahlung von 24 Mk. bzw. 15 Mk. und der Rückdatierung der erst ab 1. Oktober fällig gewordenen Lohnserhöhung von 4 Pf. auf den 4. September für die Stunde 11 Pf. Der Lohn der Ungelernten bleibt um 1 Pf. gegenüber Berlin zurück. Die Löhne der Gelernten überschneiden die Berliner Lohnsätze um durchschnittlich 7 Pf. Aus der gleichmäßig ablaufenden Bindung im Frühjahr ergibt sich zwangsweise ein gemeinschaftliches Vorzeichen Berlin-Hamburg zur weiteren Verbesserung der Löhne. Lübeck hatte sich im beschränkten Rahmen besondere Verhandlungen vorbehalten. Obwohl dem Bezirk Niederelbe angeschlossen, wirken doch die Bremer und Kieler Verhältnisse auf die alte Hansestadt ein. Diesem bringen die politischen Ergebnisse der letzten Wahl den Bremer Kollegen endlich eine Erleichterung und ermöglichen ihnen eine gerechte Anpassung an die Schwesterstädte Hamburg — Lübeck. Kiel wird dabei nicht zu Schaden kommen. Das Ergebnis der Lübecker Sonderverhandlungen ist nach erfolgter Zwischenverhandlung die Anpassung an die Hamburger Vereinbarung. Die Lübecker Lohnsätze betragen demnach ab 20. November 1927:

I Ungelernte	II Ungelernte	III Gelernte
Pfennig pro Stunde		
76	79	85
78	81	88
80	83	91

Düsseldorf. In der Mitgliederversammlung am 19. Dezember wurde über die angebotenen Verhandlungen wegen Gewährung einer Notzulage und zwischentariflichen Regelung berichtet. Aus dem ersten Bericht ist hervorzuheben, daß der Arbeitgeberverband unter Berufung darauf, daß der Lohnsatz bis zum März des nächsten Jahres läuft, es ablehnte, auf Verhandlungen bezüglich einer zwischentariflichen Regelung sich einzulassen, trotzdem die wirtschaftlichen Verhältnisse seit Bestehen der jetzigen Löhne sich außerordentlich zungunsten der Arbeiterkraft entwickelt haben. Wegen Gewährung einer Notzulage wurde darauf hingewiesen, daß der Arbeitgeberverband der GEM-Merke sowie der der Gemeinden es unter Androhung der Verbannung einer Konventionalstrafe seinen Mitgliedern unterlag, den Gemeindearbeitern irgendeine Notzulage zu gewähren. Dieser ablehnende Standpunkt des Arbeitgeberverbandes hat eine tiefe Erbitterung in den Kreisen der Beschäftigten hervorgerufen. In der Diskussion über diesen Punkt wurde von den Versammelten mit Recht betont, daß zwischentarifliche Regelungen oder Notzulagen nur für eine kurze Zeit den Beschäftigten über die Not hinweghelfen. Anerkannt wurde, daß es Aufgabe der Organisation sein und bleiben müsse, sich dafür einzusetzen, daß die tariflichen Löhne nach Ablauf der Frist den Bedürfnissen der Arbeiterkraft entsprechend erhöht werden müßten. — Kollege Lengersdorf berichtete dann über die Tarif- und Lohnverhältnisse im Wirtschaftsbezirk West-



falen. An diese Ausführungen knüpfte sich eine reichhaltige Diskussion, nach der folgende Entschließung einstimmige Annahme fand:

„Die am 19. d. M. im Volkshaus versammelten Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter nehmen den eingehenden Bericht über die Lohn- und Tarifverhältnisse des Wirtschaftsbezirktes Westfalen entgegen, ebenso auch den Bericht über die angestrebten Verhandlungen zur Herbeiführung einer zwischentariflichen Regelung sowie zur Erreichung einer Notzulage. Die Versammelten nehmen durch diese Berichte Kenntnis von dem ablehnenden scharfmacherischen Standpunkt des Arbeitgeberverbandes und betonen, jetzt erst recht die Organisation zu stärken, da dies die einzig richtige Antwort ist. Die Versammelten erkennen an, daß die Organisation auch in dieser Angelegenheit ihre Pflicht getan hat; sie geloben, nicht eher zu ruhen, bis jeder Beschäftigte in den öffentlichen Betrieben im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert ist. Den für die Metallindustrie gefällten Schiedsspruch betrachten die Gemeinde- und Staatsarbeiter als einen Schlag gegen die gesamte Arbeitnehmerschaft. Die Versammlung spricht den Metallarbeitern, insbesondere den Mitgliedern des DMB, in ihrer ablehnenden Stellungnahme ihre vollste Sympathie aus und verspricht ihnen die weitmöglichste Unterstützung zur Überwindung der kommenden Schwierigkeiten.“

**Euskirchen.** In der Versammlung am 16. Dezember gab Kollege Heintz einen Bericht über die letzte Lohnverhandlung und über die Abstimmung zu dem von der Bezirkschiedsstelle gefällten Schiedsspruch. Hierauf wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der Filiale Euskirchen spricht der Lohnkommission ihr vollstes Vertrauen aus. Die vorhandenen Mitglieder geloben, mehr noch als bisher für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen, damit der Verband bei den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen nach jeder Seite gerüstet ist.“

Es wurde hierauf beschlossen, bei Arbeitslosigkeit und Krankheit zu den Unterstützungsakten der Hauptkasse einen bestimmten Zuschuß aus der Lokalkasse zu leisten. Den pensionierten Kollegen sollte aus Anlaß des Weihnachtsfestes je 10.— Mk. verabsolgt werden. — Zu der Konferenz am 15. Januar 1928 in Köln wurde Kollege H. Schmitz als Delegierter gewählt.

**Magdeburg.** Die Filiale Magdeburg feierte kürzlich ihr dreißigjähriges Jubiläum. Am 21. August 1897 fanden sich 35 Kollegen, vorwiegend Gasarbeiter, zusammen zur Gründung der Filiale. Großer Mut gehörte damals dazu, sich in einer freien Gewerkschaft zu organisieren; wurden doch alle diese Kollegen vom Staat wie auch von den Kommunen als Umstürzler angesehen. An Verfolgungen fehlte es nicht. Die Polizei war ständiger Gast in den Versammlungen und wachte mit den Augen des Geheimes über die Versammelten, damit das Staatsgehege unangestastet blieb. Trotz aller Schikanen und Verfolgungen zählte die Filiale am Ende des Gründungsjahres rund 100 Mitglieder. Am Ende des Jahres 1898 waren schon 250 Mitglieder zu verzeichnen, und die Zahl wuchs ständig weiter. Erster Vorsitzender der Filiale war Kollege Borchardt. Er wurde bald gemahnt, Kassierer war Kollege Otto Förster, der nun auf eine dreißigjährige Mitgliedschaft in der Organisation zurückblickt und noch heute als Vorstandsmitglied tätig ist. Erwähnt sei noch, daß außerdem noch sechs Kollegen aus dem Gründungsjahr im Verband sind. Es sind das die Kollegen Karl Heuer, Emil Gödecke, August Hergt, Albert Rühmann, Albert Reuter und Edmund Brückner. Ferner wurden noch 43 Kollegen, die bereits eine 25jährige Verbandsmitgliedschaft hinter sich haben, geehrt, indem ihnen ein Diplom überreicht wurde. Unseren jungen Kollegen rufen wir zu: „Haltet der Organisation die Treue! Denkt zurück, was unsere alten Pioniere in der Gewerkschaftsbewegung geleistet haben. Macht es ihnen nach! Noch gibt es in den Betrieben viele Absteigende. Große Erfolge hat die Organisation im Laufe der Jahre aufzuweisen, aber noch größer werden sie sein, wenn es gelungen ist, den letzten Arbeiter zu holen, um die Front zu schließen. Heran an die Arbeit, so soll unser Kampf ruhen.“

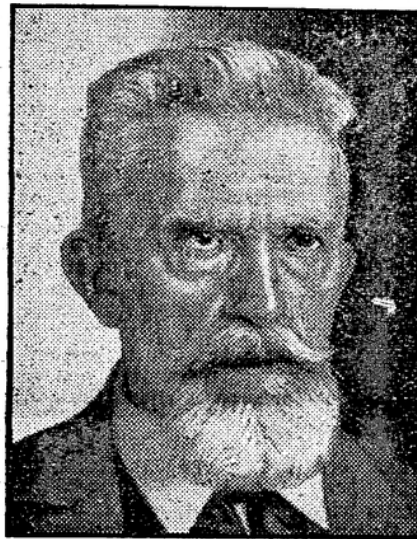
**Rathenow.** In der Monatsversammlung am 17. Dezember gab den Jahresbericht Kollege Jöler. Zur Ortsverwaltung wurden gewählt: Timme, 1. Vorsitzender; Zug, 2. Vorsitzender; Dehne Kassierer, Pelegri Schriftführer.

## Aus Politik und Volkswirtschaft

**Hermann Molkenbühr.** Einer der fleißigsten und geachteten Pioniere des Sozialismus, der sechsundsechzigjährige Hermann Molkenbühr, ist am 22. Dezember 1927 in Berlin plötzlich verstorben. Er gehörte zu denen, die als ganz junge Proletarier schon an der Wiege der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands standen. Am 11. September 1851 in Wedel in Holstein geboren, wurde er nach Schulentlassung Zigarrenmacher und trat bald der ersten sozialdemokratischen Organisation Deutschlands bei, dem von Casselle gegründeten Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. So hat der junge Molkenbühr auch die Schwierigkeiten mit durchgemacht, die zwischen Casselleanern und Eisenachern bestanden, bis

der Kongreß von Gotha die streitenden Brüder im Jahre 1875 zur „Sozialistischen Arbeiterpartei“ vereinigte. Der vierundzwanzigjährige Molkenbühr war hier nicht nur einfacher Delegierter, sondern wirkte auch eifrig an der Programmgestaltung der neuen Partei mit. Lange sollte die Freude über diese Partei nicht anhalten. Die Schüsse Hödels und Nobilises auf den alten Kaiser

Wilhelm gaben Bismarck den längst herbeigesehnten Anlaß, im Jahre 1878 das Ausnahmegesetz über die sozialistische Arbeiterbewegung zu verhängen und nicht nur die Sozialistische Arbeiterpartei, sondern auch die Gewerkschaften zu zerschlagen. In Hamburg, wo sich der junge Molkenbühr aufhielt, wurde dieses Schandgesetz besonders brutal gehandhabt durch die Verhängung des kleinen Belagerungsstandes. Der auf diese Weise verfolgte Molkenbühr sah keinen anderen Ausweg, als nach Amerika auszuwandern. Aber schon im Jahre 1884 kehrte



er nach Deutschland zurück. Im Jahre 1890 wurde Molkenbühr in den Reichstag gewählt, dem er mit kurzen Unterbrechungen bis zum Jahre 1924 angehörte. Er lehnte dann eine Wiederwahl infolge seines hohen Alters ab. Ebenfalls im Jahre 1890 wurde Molkenbühr sozialpolitischer Redakteur des „Hamburger Echo“. Von nun an grub er sich mit einem Fleiß in die umfangreiche Materie der Sozialpolitik und der Sozialversicherung hinein, daß er bald und fernerhin nicht nur in der Sozialdemokratischen Partei und bei den freien Gewerkschaften, sondern im ganzen Reichstage als eine Autorität auf sozialpolitischem Gebiete galt. Wenn die deutsche Arbeiterschaft nennenswerte sozialpolitische Fortschritte in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen hat, so sind sie zu einem großen Teil der überragenden Arbeit Hermann Molkenbührs zu danken. Daß eine solche hervorragende Arbeitskraft auch in der Arbeiterbewegung an führender Stelle gesetzt werden mußte, war selbstverständlich. So wählte ihn der sozialdemokratische Parteitag in Bremen im Jahre 1904 als Sekretär zum Mitgliede des Parteivorstandes. — Aber auch kommunalpolitisch war Molkenbühr stark engagiert. Im Jahre 1907 wurde er in der damals noch selbständigen Stadt Schöneberg bei Berlin Stadtverordneter. Als während des Krieges endlich der Ausnahmezustand der Nichtbestätigung sozialdemokratischer Stadträte aufgehoben wurde, wählte ihn die Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg zum Stadtrat. Dort hat er sich auch stets der Interessen der Arbeitnehmer der Gemeinde angenommen. Der Mitbearbeiter der Parteiprogramme von Gotha und Erfurt hat auch das Göttinger Programm gestalten helfen und die Begründungsrede dazu gehalten. Der Parteitag in Kiel im Jahre 1927 versetzte den Hochbetagten endlich in den wohlverdienten Ruhestand, wünschte aber, daß er ehrenamtliches Mitglied des Parteivorstandes bleibe. Nun ist der kluge Berater der deutschen Arbeitnehmerschaft dahingegangen. Sie wird ihn zu allen Zeiten als einen ihrer Besten verehren.

## Aus den deutschen Gewerkschaften

**Ein Jubiläum des ADGB.** Am Jahreschluß 1927 waren 25 Jahre vergangen, seitdem die Generalkommission der Gewerkschaften ihren Sitz von Hamburg nach Berlin verlegte. Im Anfang war Hamburg die Zentrale der Gewerkschaften. Hamburger Geist und Hamburger praktischer Sinn haben den freien Gewerkschaften die rechte Organisation gegeben; sie führten dazu, daß die zentralistische Auffassung über den Lokalismus den Sieg davontrug. Die Vertreter des Zentralisationsgedankens wollten starke Gewerkschaften schaffen, die imstande waren, das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer beim Arbeitsvertrag zu verwirklichen. Reichsverbände mit starken Kassen, gute Unterstützungseinrichtungen, eigene Arbeitsnachweise. Die Zentralisten vertraten die Auffassung, daß der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne, um Beseitigung der Nacht- und Sonntagsarbeit — kurzum praktische Sozialpolitik ebenfalls Klassenkampf sei als der von den Lokalistten stark bevorzugte — nur politische Kampf. Solche Gewerkschaften konnten nach Lage der damaligen Verhältnisse nur unpolitische Organisationen sein. Für den Aufbau der zentralistisch organisierten freien Gewerkschaftsbewegung war die Ueberwindung der Gewerkschaftszentrale nach der Reichshauptstadt ein Gebot der Notwendigkeit.

Die Ueberfiedlung war verbunden mit der Schaffung eines Zentralarbeitssekretariats, das nur in Berlin, am Sitz des Reichsversicherungsamtes, wirken konnte. Und so wurde mit 119 gegen 51 Stimmen die Errichtung des Zentralarbeitssekretariats und mit 104 gegen 47 Stimmen die Sitzverlegung der Generalkommission nach Berlin beschlossen. Ende des Jahres 1902 ging der Umzug vorstatten. Als neues Heim der Gewerkschaftszentrale wurde das zwei Jahre zuvor fertiggestellte Gewerkschaftshaus am Engelauer erkoren, das die Zentrale bis zum Inflationsjahr 1923 innehatte. Die starke sozialpolitische Arbeit der Generalkommission hätte unmöglich von einem anderen Platz als von Berlin aus so erfolgreich geleistet werden können. 25 Jahre in Berlin! In diesem Vierteljahrhundert hat sich die Gewerkschaftsbewegung die Reichshauptstadt und damit erst endgültig das Reich erobert sowie tatsächliche und verfassungsmäßige Anerkennung errungen. Von der 1902 gewählten Generalkommission befinden sich in ihrem Ehrenamt noch Sebath (seit 1893, Mitglied der GK.), Hermann Kube (seit 1902) und Alexander Knoll (seit 1902). Für Hermann Kube gewinnt dieser Tag noch eine besondere Bedeutung, denn er wurde am 1. Januar 1903 als besoldeter Kassierer im Bureau der Generalkommission angestellt und feiert demnach jetzt sein fünf- undzwanzigjähriges Dienstjubiläum. Er hat seine volle Befriedigung darin gefunden, die Finanzen der Generalkommission und des Bundesvorstandes musterhaft zu verwalten und seine reiche geschäftliche Erfahrung auch anderen wirtschaftlichen Einrichtungen der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere der Volkshilfe, der Verlagsgesellschaft, der Bank der Arbeiter, Angeestellten und Beamten und der Demog. nutzbar zu machen. — Alexander Knoll, der heute sein 25jähriges Amtsjubiläum feiert, hatte bereits während der Zeit vom 1. Mai 1906 bis zum 1. Juli 1907 den Posten eines besoldeten stellvertretenden Vorsitzenden der Generalkommission bekleidet, war dann aber zu seinem früheren Posten als Vorsitzender und Redakteur des Steinseherverbandes zurückgekehrt. Erst am 1. Oktober 1919 kehrte er als Sekretär in das Bureau des Bundesvorstandes zurück, wo er seitdem die Sozialpolitische Abteilung und das Bildungsweesen leitet. Die Gewerkschaftsbewegung hat ihm viel zu danken, ebensoviel sein Berufsverband, dem er eine Geschichte der Steinseherbewegung geschenkt hat.

**Hutmacherverband lehnt durch Urabstimmung Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiterverband ab.** Am Anfang Dezember vorgenommenen Urabstimmung haben sich von 18 148 Mitgliedern 9378, das sind rund 52 Proz. beteiligt. Unzufrieden waren 85 Stimmen. Für die Verschmelzung wurden 5109 Stimmen abgegeben, gegen die Verschmelzung 4184 Stimmen. An der für eine Verschmelzung erforderlichen Zweidrittelmehrheit von 6108 Stimmen fehlen rund 1100 Stimmen. Die Verschmelzung ist damit zum dritten Male abgelehnt. „Der deutsche Hutarbeiter“ sagt dazu:

„Offen bleibt nun die Frage, ob auf der Generalversammlung 1928 die Frage der Verschmelzung aufgeworfen wird, und wiederum, wie in Breslau, von den Befürwortern Anträge gestellt werden, daß für die Verschmelzung die Abstimmung nicht mit Zweidrittelmajorität, sondern mit einfacher Majorität entscheiden soll.“

## Rundschau

**Kollege Altvater 25 Jahre Gauleiter des Verbandes.** Am 1. Januar 1928 waren 25 Jahre verflossen seitdem die Verschmelzung der „Freien Vereinigung der städtischen Arbeiter Württembergs“ mit dem „Verbande der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten“ (wie unser Verband damals hieß), erfolgte und Kollege Altvater Angestellter des Verbandes wurde. Dieser Erinnerungstag führt uns hin an die Wiege der Organisation der süddeutschen Gemeindearbeiter zurück. In ihr hat unser Jubilar von Anfang an gewirkt. Sein Name ist mit der süddeutschen Gemeindearbeiterbewegung verwachsen. Kollege Altvater, von Beruf Maurer, trat bereits im August 1885 seiner Berufsorganisation bei. Im Frühjahr 1898 unternahm Stuttgarter Gemeindearbeiter Versuche, eine Organisation zu schaffen. Eine Versammlung am 5. März beschloß die Gründung des „Vereins der städtischen Arbeiter“. Diesem Verein trat Altvater am 19. März bei und übernahm bald eine führende Rolle. Trotz eifrigster Werbearbeit und vieler Neuaufnahmen in den Verein zählte dieser am Jahreschluß 1898 erst 192 Mitglieder. Die gewerkschaftliche Ueberzeugung der meisten Mitglieder war eben noch allzu locker, so daß die Wiederaustritte ebenfalls sehr groß waren. Ebenso schwierig war es, die junge Organisation auf die übrigen Städte Württembergs zu verbreiten. Am 18. Februar 1900 beschloß aber eine Konferenz in Cannstatt die Gründung des „Vereins städtischer Arbeiter Württembergs“. Müheliger Arbeit, bei der Kollege Altvater allen voranging, gelang es nur die Filialen Cannstatt und Heilbronn zu halten. Echingen ging verloren, bildete einen Verein für sich und führte sogar den Kampf

gegen den Verein der städtischen Arbeiter Württembergs. Natürlich versuchten auch die Stadtverwaltungen durch Maßregelungen, Schikanen usw. die junge Gemeindearbeiterorganisation niederzuringen. Allen voran der Oberbürgermeister Hegelmaier von Heilbronn, der dem Kollegen Altvater als Versammlungsreferenten und anderen Kollegen eine Beleidigungsklage anhäng. Der Prozeß endete aber nach 1½-jähriger Dauer mit einer Blamage für Hegelmaier. Dieser zog die Klage schließlich zurück. Wiederholte Versuche, eine Verschmelzung mit dem Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter herbeizuführen, scheiterten. Am 9. September 1900 wurde aber ein Kartellvertrag abgeschlossen, auf Grund dessen unsere „Gewerkschaft“ obligatorisch für die „Freie Vereinigung der städtischen Arbeiter Württembergs“ eingeführt wurde. Erst am 9. November 1902 stimmte ein außerordentlicher Verbandstag der „Freien Vereinigung“ der Verschmelzung zu. Dies wurde am 1. Januar 1903 perfekt. 605 Mitglieder traten zu unserem Verbande über. In Stuttgart wurde ein Sekretariat des Verbandes errichtet, das Kollege Altvater als Gauleiter übernahm. Von hier aus verbreitete er den Organisationsgedanken unter den Gemeindearbeitern Süddeutschlands über Württembergs Grenzen hinaus, bis in München und Mannheim Anfang 1906 ebenfalls Gaubureaus des Verbandes errichtet wurden. Altvaters Tätigkeit blieb von nun ab wieder auf Württemberg beschränkt. 25 Jahre lang steht unser Jubilar nun auf seinem Posten. In dieser Zeit hat er die Organisation in seinem Heimatlande ausgedehnt und vertieft. Aus den 605 Mitgliedern beim Uebertritt sind 5780 geworden. Heute ist kaum noch ein größerer Ort in Württemberg, in dem unser Verband nicht festen Fuß hat. Wir freuen uns, den 55-jährigen noch in voller Kraft zu sehen und wünschen ihm, daß er noch recht lange der Organisation in alter Frische und fröhlichem Draufgängertum erhalten bleibt.

**Die überflüssige Teno.** Aus einer dem Reichstag zugegangenen Denkschrift über die Tätigkeit der „Teno“ erfährt man, daß diese seinerzeit geschaffene „Nothilfe“ heute ganz überflüssig geworden ist. Die Organisation vermag keine Zahlen anzugeben und Angaben zu machen, die erkennen lassen, daß ihr weiterer Bestand noch gerechtfertigt ist. Sie selbst gibt zu, daß eine Verringerung des Nothelferbestandes notwendig war, da die Einsetzungen und Anforderungen bedeutend zurückgegangen sind. Der Bestand betrug am 1. Januar 1927 rund 366 000 Nothelfer gegen 421 000 am 1. Januar 1925. Auch der hauptamtlich tätige Personenkreis ist verkleinert worden; einschließlich der Bureauhilfskräfte verringerte er sich von 445 Köpfen im Jahre 1923 auf 227 Ende 1926. Die bisherige Zahl der Landesbezirke hat sich auf 13 verringert, und die der Landesunterbezirke auf 39. Damit ist der Zustand erreicht, daß über die Hälfte der im Jahre 1923 bestehenden Landesunterbezirke aufgelöst worden ist. Das ist das Selbsteingeständnis der eigenen Überflüssigkeit. — Noch interessanter wird die Denkschrift, wenn man die Zahlen bezüglich der Einsetzung der Technischen Nothilfe prüft. Man erfährt, daß die „Teno“ im Jahre 1926 ganze 81mal eingesetzt wurde. Daran waren 2785 Nothelfer beteiligt, die 45 607 Arbeitsstunden leisteten. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die „Teno“ im Jahre 1926 rund 2,8 Millionen Mark gekostet hat, und man hält dagegen die geleisteten Arbeitsstunden, so kommt man zu dem Ergebnis, daß jede Arbeitsstunde rund 62,50 Mark gekostet hat. Ein derart teurer Apparat ist eine Last, und es wird Zeit, daß die Reichsmittel endlich aufhören zu fließen. Das Geld kann zu Zwecken verwandt werden, wo es nötiger ist. — Nicht unwichtig ist auch die Feststellung, daß die „Teno“ jetzt fast nur noch in Tätigkeit tritt, wenn plötzliche Naturereignisse am menschlichen Gut und Besitz Verwüstungen anrichten. Sie ist hauptsächlich bei Hochwasserkatastrophen, Moor- und Waldbränden eingesetzt worden. Jede geringe Tätigkeit wird aber sorgfältig aufgezählt. In den meisten Fällen handelt es sich vielfach darum, den unglücklichen Betroffenen die notwendige Hilfe nicht zu versagen, wozu auch jeder andere bereit ist, der nicht der Technischen Nothilfe angehört. Die „Teno“ aber macht daraus eine große Aktion und stellt es so dar, als ob ohne ihr Einlehen ein unermesslicher Schaden anrichtet worden wäre. Im übrigen sind für solche Fälle soviel Arbeitslose vorhanden, die gerne helfend eingreifen und lange nicht so teuer werden, als wenn dauernd ein großer Apparat unterhalten wird, der in der beschäftigungslosen Zeit die meisten der zu seiner Unterhaltung hinausgeworfenen Gelder verschlingt. Mehr die Zusammensetzung der Nothelfer erfährt man, daß etwa 22 Proz. Landwirte sind, 21 Proz. Techniker, 16 Proz. Angehörige freier Berufe, 13 Proz. Handwerker, 12 Proz. Frauen, 10 Proz. Arbeiter und 6 Proz. Studenten und Schüler. Daß die Landwirte die Mehrzahl stellen, überrascht nicht, fällt doch hier die Reaktion der „Teno“ auf den am besten geeigneten Boden. Aber allmählich wird auch hier die Erkenntnis reifen, daß diese Einrichtung überflüssig ist und mehr Schaden stiftet, als Gutes vollbringt. E. H.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter J. M. A. n. e. z. Verantwortlicher Redakteur Emil Dietzsch, beide Berlin SO. 36, Schleißische Str. 42.



## Eingegangene Schriften und Bücher

**Führer durch das gesamte Fürsorgewesen, Ausgabe B. Öffentliche Angestellte und Arbeiter, von Ministerialrat a. D. Falkenberg und Ministerialamtmann i. D. Thomsen. Verlag Engel u. Co., Berlin W. 30. Preis kartoniert 4 Mk., 175 Seiten.**

Dieses Büchlein ist ein zuverlässiger Ratgeber auf dem Gebiete sozialer Fürsorgemaßnahmen für die Angestellten und Arbeiter in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen einsehl. der Reichspost und Reichsbahn. Im Hand der leichtfasslichen Erläuterungen ist den Angestellten und Arbeitern Gelegenheit gegeben, sich über die ihnen bei Krankheit, Dienstunfähigkeit und Alter sowie für die Hinterbliebenen stehenden Bezüge aus den reichsgesetzlichen Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherungen erschöpfend zu unterrichten. Für die Angestellten und Arbeiter des Reiches und Preußens sowie der Reichspost und der Reichsbahn sind die besonderen sozialen Bestimmungen aus den für sie geltenden Tarifverträgen mit berücksichtigt. Ein reiches Zahlenmaterial und Statistiken gibt einen Überblick über die Entwicklung dieser Versicherungen und eine Darstellung über die Ergebnisse der Durchführung der Bestimmungen, insbesondere auch in bezug auf die Leistungen. Ein sorgfältiges Sachregister ermöglicht eine schnelle Orientierung. Diese Schrift können wir allen Kollegen zur Anschaffung empfehlen.

**Johann Sebastian Bachs Notenbüchlein für Anna Magdalena Bach (1725). Verlag D. M. Callweg, München, Finkenstraße 2. Preis: gebunden 4,50 Mk.**

In diesem Notenbüchlein, das 124 Seiten umfasst, ist versucht worden, ganz annähernd nach dem Original die verschiedenen kleinen Werke herauszubringen. In einem Vorwort von Dr. Richard Benda wird eingehend dargelegt, in wie wunderbarer Weise Bach es verstanden hat, auch in einfachen Sätzen schöne musikalische Gedanken zum Ausdruck zu bringen. Wenn man bedenkt, daß die erste Herausgabe dieses Büchleins schon im Jahre 1906 erfolgte und jetzt bereits die sechste Auflage herauskommt, so ist daran allein zu erkennen, daß wir wieder in einer neuen Ära Bachscher Musik leben. Bach und Mozart stehen auch der jetzigen Menschheit trotz moderner Musik und Jazz so viele Anregungen, so sie geben zum Teil geradezu Verbindungen für neuere Musik, so daß es ganz erklärlich erscheint, warum die wunderbaren einfachen musikalischen Sätze dieses Büchleins solchen Anklang finden. Es ist auch ganz verständlich, daß nicht bloß, wie man häufig glaubt, die Schlagermusik zu großen Aufträgen kommt, sondern, daß auch diese gute Musik offensichtlich ein großes Verständnis in breiten Kreisen gefunden hat.

**Meyers Lexikon in 12 Bänden. Siebente, völlig neu bearbeitete Auflage. Ueber 160.000 Artikel und Verweisungen auf etwa 21.000 Spalten Text mit rund 5000 Abbildungen, Karten und Plänen im Text; dazu etwa 755 besondere Bilder tafeln (darunter über 100 farbige) und 280 Kartenbeilagen und Stadtpläne sowie 200 Text- und statistische Uebersichten. Band 7 (Korrektur bis Marz) in Halbleder gebunden 30 Mk. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.**

Den Glüdlichen, die sich 1924 entschlossen haben, monatlich 5 Reichsmark für ihre Allgemeinbildung anzulegen, legt das Bibliographische Institut in Leipzig nun den siebenten Band der neuen Auflage von „Meyers Lexikon“ auf den Weihnachtstisch. Der Fester der sieben Bände, dem die monatliche Zahlung anfangs vielleicht manchen Leser kostete, ist nun doch seines Kaufes froh, wenn er die herrliche Reihe der schönen und inhaltlich so reichen Bände vor sich sieht. Befriedigt blättert er in seinem liebsten Bande, der ihm nun schon bis zum Erscheinen „Marz“ über unser geliebtes Wissen Auskunft gibt. Aus dem Reichtum an Darstellungen aus allen Gebieten, über die man oft nur in schwer zugänglicher Literatur etwas findet, lesen geradwärtig der zehn Spalten lange Artikel „Kriegswirtschaft“, bei dem wir uns mit Bedacht an Brot, Fleisch und andere Karten erinnern; der Artikel „Marneschlacht“ mit seinen verhängnisvollen „hatte“ und „wäre“; den umfassen Artikel „Landwirtschaft“, dann die Biographien „berühmter“ Zeitgenossen: Wladimir, Ludendorff, Fensch, Persner, Mahraun, Molhan, Lingner, Lenin, Krasin, Lunatschewski, Lloyd George, Lönz usw. Unter den bunten Tafeln sind bemerkenswert die der Kostüme aller Zeiten, der Landhäuser (darunter zwei englische und eine von Laut) und die des Löwen nach einem Bilde von W. Rubner. Viele schwarze Tafeln und zahllose Abbildungen im Text machen die Fester der Artikel zum Vergnügen. Die in Meyers Lexikon immer sehr geschätzten illustrierten Textbeilagen sind wieder stark vertreten und unterrichten über wichtige technische Gebiete: Kraftwagen (sechs Seiten), Krane und Winden (vier Seiten), Aufzuggewinnung (sechs Seiten), Lampen (vier Seiten), Rauchgasbereitung (vier Seiten) und viele andere Luftschiffbau und Luftverkehr sind eingehend behandelt. Besondere Erwähnung verdient die Textbeilage „Kurs und Kurszeitel“, auf acht Spalten wird da eine verblüffende Menge von Wissenswerten dargestellt, namentlich bezüglich der Aktienbörsen lernt man, daß ein Wertpapier ohne eine genaue Erläuterung gar nicht zu verstehen ist. Der Preis von 30 Reichsmark ist gering, wenn man bedenkt, daß man für einen modernen, auch in Halbleder gebundenen Roman, der kleineren Tabellen, Landkarten, Abbildungen aber gar Bilder tafeln enthält und etwa ein Drittel des Umfangs hat, 10-14 Reichsmark bezahlen muß.

**„Arbeiter-Sprachzeitung.“ Herausgegeben von D. Fuchs, Leiter der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins. Die Zeitung ist auf einem Gebiete, das heute noch ganz von bürgerlichen Tendenzen beherrscht wird, ein Führer und Berater sein. Neben Artikeln sprachwissenschaftlicher Natur enthält das erste Heft die Abchnitte „Englisch für Anfänger“ und „Englisch für Fortgeschrittene“. Texte aus ausländischen Partei- und Gewerkschaftszeitungen dienen zur Belehrung und Unterhaltung. Ein besonderer Abschnitt handelt von den Hauptschwächen der deutschen Sprache. Der Preis der 24 Seiten starken Zeitung beträgt für das Vierteljahresabonnement (8 Nummern) 1 Mk. Bestellungen sind zu richten an die Parteibuchhandlungen oder an die „Arbeiter-Sprachzeitung“, Berlin W 37, Fietenstr. 6a.**

Bestimmen, die schönsten Weltbücher in Umschlag. Monatlich ein Heft mit spannendsten Umschlag von sechs bis acht modernen Werken und mit vielen guten Bildern. Preis einschließlich mehrfarbigem Künstlerumschlag nur 80 Pf. Grandsche Verlagshandlung, Stuttgart. — Durch sein ausgearbeitete, kräftige Umschlag werden Werke erster Dichter, Dramatiker, Romantiker, Forscher und Staatsmänner analysiert. Ganz ohne partielle oder kritische Einstellung, nur von der Idee ausgehend, eine lehrreiche Uebersicht, eine Erfassung des Hauptgedankens zu geben, sind diese Hefte mehr als eine bloße Zeitschrift. Sie sind eine durchaus neuartige, vollkommen würdige Ergänzung jeder Literaturgeschichte, wichtig vor allem für den, der den Zeitgeist richtig verstehen lernen will. Ausgezeichnet ist weiter die Ausstattung in Schrift und lebendigen Bild. Zeichnungen, seltene und neue Porträts und Bühnenbilder helfen den Eindruck abrunden und verstärken. Der Preis für ein Heft in mehrfarbigem Offset-Künstlerumschlag beträgt 80 Pf. Es wird außerdem von der „Weltstimmen-Verlagsanstalt“ herausgegeben, daß dem Dauerabonnenten am Schlusse jedes Bezahljahres die geschmackvolle Einbanddecke kostenlos geliefert wird.

## Einbanddecken u. Inhaltsverzeichnisse für „Die Gewerkschaft“ 1927

werden wieder in der bekannten Ausführung hergestellt; desgleichen auch für „Die Sanitäts- und Beamten-Gewerkschaft“. Die Inhaltsverzeichnisse werden kostenlos geliefert. Die Einbanddecken werden zum Selbstkostenpreis von 75 Pf. abgegeben. Ungebundene Jahrgänge der Verbandszeitungen, auf gutem Papier gedruckt, sind ebenfalls lieferbar und kosten „Die Gewerkschaft“ und „Beamten-Gewerkschaft“ je 2,50 Mk., „Die Sanitäts- und Beamten-Gewerkschaft“ je 2,50 Mk. In Originallemband gebunden, kostet „Die Gewerkschaft“ und „Beamten-Gewerkschaft“, auf gutem Papier gedruckt, Ganzleinenband, je 4,25 Mk., „Die Sanitäts- und Beamten-Gewerkschaft“ je 3,75 Mk. Bestellungen, die in der Reihe ihres Eingangs sofort nach Fertigstellung der Einbanddecken erledigt werden, bitten wir zu richten an die Expedition

„Die Gewerkschaft“ Berlin SO 36  
Schlesische Straße 42

## Schriften zur Aufklärung u. Weiterbildung

Herausgegeben vom Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter  
**Eine Neuerscheinung**

In dieser Sammlung ist: Heft 26/27

### Der Kampf um die Seelen der Arbeiter

Eine geschichtliche Darstellung der Organisationskämpfe in Rheinland-Westfalen

VON JOSEF GERBRACHT

Aus dem Inhalt:

Struktur der Industrie und die Hemmungsgründe für die gewerkschaftliche Organisation; Lassalle und die christlich-soziale Bewegung; Die Gründung eines neutralen Bergarbeiterverbandes; Der große Bergarbeiterstreik 1839. Die kaiserlichen Erlasse und die Enziklika Leos XIII. Der Essener Meineidsprozeß. Der Streik um die Beibehaltung der katholischen Feiertage. Die Bischöfe mar chieren auf Unterwerfung oder nicht und der Kölner Gewerkschafts-prozeß; Die Bewegung der Gemeindearbeit u. a.

Abteilung: Bücher und Schriften, Berlin SO 36, Schlesische Straße 42



**Druck auf!**  
Gartenfreunde

Spart steht am Samen. Kauft nur das Beste. Umsonst im Eure Mühe, wenn der Samen versagt. Die gute Adressat ist hochkeimfähig wie immer. Verlangt noch heute kostenfrei den neuen Katalog mit billigen Preisen. Schreibt gleich!

Adressat: Samenucht Adler & Co., Erfurt 64



**Sprechmaschinen**  
auch gegen bequeme  
Raten. Alle sonstigen  
Musikinstrumente. Nürn-  
berger Spielwaren.  
Katalog kostenlos  
Benedikt-Sachsel, Bielefeld 1.111



Unsere Leser erhalten 1 Mk. Nachschub und eine Kapsel gratis bei Einsendung dieses Inserats und Bestellung einer Uhr zum Preise von 6.50 Mk. oder mehr

## Reklamepreis nur 4.- Mk.



schöne deutsche Horron-Ankeruhr Nr. 62; stark verstellbar, 30 stündiges Werk, ganz reguliert, nur 4.00 Mk.  
Nr. 63 dieselbe mit Schmalz, nur 4.50 Mk.  
Nr. 64 dieselbe mit besserem Werk, nur 5.00 Mk.  
Nr. 65 mit Sprungwerk, ganz reguliert, nur 12.80 Mk.  
Nr. 66 Damenuhr, verstellbar, mit Goldrand, nur 7.50 Mk.  
Nr. 67 dieselbe, kleines Format, nur 10.00 Mk.  
Nr. 68 dieselbe, echt Silber, 10 Steine, nur 18.00 Mk.  
Metall-Uhrkapsel, nur 0.25 Mk.  
Pauzerkette, verstellbar 0.50 Mk., echt verstellbar, nur 1.50 Mk.  
echt reguliert nur 2.00 Mk., Goldschloßkette, nur 5.00 Mk.  
Nr. 47 Armbanduhr mit Riemer, nur 8.00 Mk.  
Nr. 44 dieselbe, kleinere Form mit besserem Werk, nur 12.00 Mk.  
Nr. 22 Wecker, prima Messingwerk, nur 3.90 Mk.  
Uhren-Loose, Berlin 224, Zossener Str. 8

Teilzahlung! Katalog frei!

## Photogr. Apparate

Katalog A (F)  
Uhren, Goldwaren,  
Brillanten, Metallwaren  
Katalog B  
L. Römer,  
Altona-Othmarschen 13



## Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine guttälende Sorten  
Ein kg. graue, geschliss. M. 3.—  
halbweiße M. 4.—, weiße M. 5.—  
bess. M. 6.—, 7.—, daunenweiche  
M. 8.—, 10.—, beste Sorte M. 12.—  
14.—, weiße ungeschliss. M. 7.50,  
9.50, beste Sorte M. 11.— Versand  
portofrei, zollfrei gegen Nachn.  
Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.  
Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 260, b. Pilsen, Böhmen.



## Ein schönes Weihnachtsgeschenk

Abso billig, ist unsere Garnitur Nr. 4, 4 teilig wie Bild, bequemste Klubform, stabile Werk-  
arbeit zu nur Mk. 55.— weiß gebleicht, mit  
Sitz- und Rückenpolster, Mk. 90.— (braun  
gebleicht je mit 10% Zuschlag). Einzelne Klub-  
sessel 1/2 der Garniturpreise. Lieferung gegen  
nur 1/2 Anzahlung, Mk. 3.— bis Mk. 5.—  
Wochenzahlung. Vorauskassa 10% Rabatt.  
Bestellen Sie zeitig. Reichhaltiger Katalog  
auf Wunsch. Tischdecke Mk. 5.—  
Kerbmöbelfabrik „Mercedes“, Daiber & Geisler,  
orch. (WDrT)

Reellste Bezugsquelle!

## Neue Gänsefedern

wie von der Gans gerupft mit voll. Daunen  
dopp. gereinigt Pfd. 2.50, dies. beste Qualität.  
3.50, nur kl. Federn (Halbdaunen) 5.00, 1/2  
Daunen 6.75, gerein. gerissene Federn mit  
Daunen 4.00 und 5.00, hochprima 5.75, aller-  
feinste 7.50, la. Volldaunen 9.00 u. 10.50. Für  
reelle staubfr. Ware Garantie. Versand geg.  
Nachn. ab 5 Pfd. portofr. Nichtgefall. nehme  
auf meine Kosten zurück. Willy Mantelwulff,  
Gänsem. Gegr. 1852, Neutrebbin 3b (Oderbr.)

## Musik-Instrumente

aller Art in bester Qualität liefert auch  
auf Teilzahlung  
Clemens Neuber  
Musikwaren-Fabrik (F)  
Klingenthal i. Sa. 51a



## Test die Urania!

**Musik-Sprech-Apparat**  
ausführl. Aufklär. Schrift u. Prachtkatalog 85  
Sie erhalten aus ersterhand wirklich billige  
App. zu 28, 35, 60, 75, 93 bis zu 6. feinsten  
Kein Federbruch durch Überdrehen (DRP.)  
Klar, vollkomm. Naturton. Ganz fr. Monaterat.  
Schallplatte erst. Firmen wöch. ab 15 Pfg.  
D. Grahl, Leipzig G. 65  
Herk. Neutrebbin (Oderbr.)

## Billigste u. reellste neuen Gänsefedern

Bezugsquelle in  
wie von der Gans gerupft mit vollen Daunen  
Pfd. 3.00, dieselben doppelt gerissen 3.50,  
kleine Federn Halbdaunen 5.00, sehr zarte  
6.00, dreiviertel Daun. 6.50, gerupfte, gerissene  
Federn mit Daunen 4.00 u. 5.00, hochprima 5.75,  
allerteinste 7.50, la. Volldaun. 9.00 u. 10.50. Für  
reelle staubfr. Ware Garant. Nehme nichtgew.  
auf meine Kosten zurück. Versand. gegen  
Nachnahme. ab 5 Pfd. portofreie Lieferung  
Willy Mantelwulff, Gänsem. Gegr. 1852, Neutrebbin 3, (Oderbr.)

## Editer Hanewacker

der berühmte Nordhäuser  
Kautabak

## Obstweine

(Apfel-, Erdbeer-, Johannisbeer-,  
Stachelbeer-, Heidelbeer-, Brom-  
beer-, Kirsch-, Wermutwein usw.)  
Edelobst-Marmeladen  
u. Gelees, Fruchtsäfte,  
Alkoholfreie Frucht-  
moste,  
Gemüse-, Pilz- und  
Früchte-Konserven  
empfiehlt in ganz erstklassiger Ware  
billigst  
Fhrzl. v. Friesenische Gartendirektion,  
G. m. b. H.,  
Rötha bei Leipzig. (F)  
500 Morgen eigene Obst- und Beerenobstplantagen.  
Versand in Korbfässern, Fässern und  
Flaschen.  
Preislisten auf Wunsch portofrei.  
Vertreter in allen Orten gesucht.

**Halb verschenkt!**  
Bei 190 cm Deckenlänge  
kostet 1 m nur 2.50 b. 4 Mk.  
Das prakt. Geschenk für Ge-  
burstag, Weihnacht, Hoch-  
zeit, Wandervögel, bleibt  
eine federweiche, imitierte,  
ca. 2 und 3 Pfund schwere  
**Kamelhaardecke**  
4.80 u. 7.70 Mk. ohne Nach-  
nahme. Sammelbest. 10%  
Rab. Stand u. Dienstst. ang.  
Oskar Bernol, Selbsthandelsdorf 7/Sa.  
Gegr. 1900. Gerichtl. eing. Fa.



Preiswerte garantiert  
gute, gebrauchte

## Pianos

Auch Monatsraten,  
ohne Anzahlung  
Herer, Berlin,  
Prinzenstr. 901 Btg.  
Wertheimstraße (F)  
**Wunderkamm**  
„NISSKA“  
befreit in 2 Stunden  
Kopfläuse samt Brut.  
Aerztl. empfohl. Preis  
3 Mk. und Porto. (F)  
Sanitäts-Versand R. Bieling,  
Mittenau 11; Reichenbachstr. 23.

**Feinstes Tafel-Pflanmenmus**  
garant. rein, unübertroffen im Geschmack.  
Dankschreiben u. Nach-  
bestellungen fortgesetzt. (F)  
10-Pfd.-Posteimer M. 3.60  
25- Bahneimer M. 8.50  
30- praktische Emailleimer M. 10.50  
**la. Speise-Syrup**  
10-Pfd.-Posteimer M. 3.—  
**Tafel-Senf Gurken**  
die 8-Pfd.-Postdose M. 1.75  
ab hier, unter Nachnahme.  
Fritz Kleine, Magdeburg-Fr. 193.

# Größte Produktion der Welt!

# Opel